

# metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Geschrimt wöchentlich am Samstag.  
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungssliste.

Berantwortlich für die Redaktion: Joh. Schäfer.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Blücherstraße 16 a part.  
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro schägespaltene Koloniezeile:  
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatangelegen 2 Mark.  
Geschäftsangebote finden keine Aufnahme.

**391 000**  
EXEMPLAREN

In einer Ausf. von

erscheint diese Ztg.

## Die Steuerlasten der deutschen Arbeiter.

IV.

Wir haben bereits im ersten Artikel konstatiert, daß die Reichsregierung, der Bundesrat und die bürgerlichen Parteien gleichmäßen an der wahnsinnigen Steigerung der Ausgaben für Militärismus, Materialismus und Weltpolitik und des dadurch notwendig gewordenen fortgelegten Erhöhung der Reichsschulden von nun über fünf Milliarden schuld sind. Über keine von allen bürgerlichen Parteien hat dabei eine so charakterlose, verlogene und verräterische Rolle gespielt, wie die **Zentrumspartei**, die sich die Stimmen der großen Volksmassen als demokratische Volkspartei, als die Partei der Interessen des Arbeiters und des kleinen Mannes überhaupt, als die Partei der arbeiterfreundlichen Sozialpolitik zu verschwinden verstand, um dann alle diese Kreise zu verraten und zu verlaufen, dem Pfaffen- und Junkertum zu opfern.

Dabei ist das Zentrum die stärkste und darum maßgebendste Partei im Reichstag. Es bildet in allen wichtigen Fragen das Zünglein der Wage, und nimmt heute die Stellung ein, die in den siebziger Jahren die Nationalliberalen einnahmen. Ohne das Zentrum könnten die Regierungen keine wichtigen Forderungen durchsetzen und es hat denn auch dabei immer eifrig auf Kosten der Masse seiner unbemittelten oder wenig bemittelten Wähler mitgeholfen. Es war 1878 dabei, die neue Schuhzollpolitik unter Dach zu bringen und so die indirekten Steuern zu vermehren, wie die Warenpreise zum Nachteil der Konsumtenten zu verteuern. Es half jener die Liebesgaben, die Branntheim- und die Zuckerprämien schaffen. Es beteiligte sich an allen späteren schuhzöllnerischen Maßregeln. Bei der Schaffung des neuen Buchertarifs von 1902 hatte das Zentrum die Führung und wäre es nach ihm gegangen, so wären die Bebensmittelzölle noch höher ausgesetzt, als sie es sind. Um den Zolltarif um jeden Preis durchzubringen, übernahm es auch die Führung im Kampfe gegen die Minderheit und schreite vor keiner Ungehorsamkeit und Gewalttat zurück. Die Ver schlechterung und Niedertampelung der Geschäftsausordnung des Reichstages war sein Werk. Um aber die Arbeiterschaften, die besonders in den rheinisch-westfälischen und den oberfränkischen Industriebezirken zu seinem Anhang gehören, an sich zu fesseln, tritt es für eine, wenn auch schwächliche Arbeiterschaftspolitik ein, für Sonntagsruhe, Schutz der Kinder- und Frauenarbeit in Fabriken u. s. w., wohingegen es den gleichen Schutz den Jugendlichen und Frauen wie den Lehrlingen in Handwerk und Haushandwerke verweigert. Wenn es bis heute noch nicht gelang, einen gesetzlichen Normalarbeitsstag für alle Arbeiter durchzusetzen, so trägt das Zentrum daran die Hauptschuld, das jeder klaren Entscheidung möglichst aus dem Wege ging oder gegen die von der Sozialdemokratie eingebrachten bezüglichen Anträge stimmte. Das geschah auch bei der letzten Novelle zur Gewerbeordnung, durch die zwar die Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden reduziert, aber wiederum nur auf die Arbeiterinnen beschränkt wird. Die Haltung des Zentrums in den Fragen der Sozialreform und der Sozialpolitik wird wesentlich bestimmt durch die Rücksicht auf die Großunternehmer, Handwerker und Bauern, die es zu seinem Anhang zählt und die aber von einer einschneidenden Sozialreform nichts wissen wollen.

Dabei herrschen die elendesten Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den vom Zentrum beherrschten Gebieten Deutschlands, namentlich in Schlesien, wo fromme Zentrumsjunker ihre Berg- und Hütten- wie landwirtschaftlichen Arbeiter durch Hungerlöhne von wenigen Pfennig und Mark sowie endlos lange Arbeitszeit aufs schändlichste ausbeuten.

Dort haben auch die nun seit 10 Jahren bestehenden besonderen Schutzzgruppen des Zentrums, die christlichen Gewerkschaften, die die Kräfte der Arbeiterschaft zerstören und schwächen gegenüber dem unterschlechtlos geeigneten katholisch-protestantisch-jüdischen Unternehmertum, nichts geändert. Und auch die Belohnung dieser christlichen Gewerkschaften für ihre parteipolitischen Helferdienste, für ihren perfiden und verräterischen Kampf gegen die sozialdemokratisch gesinnte Arbeiterschaft, mit 7 Reichstagmandaten anlässlich der berüchtigten Holzherrenwahlen von 1907 durch das Zentrum und Konsorten hat hierin keine Aenderung gebracht. Die Giesberts, Schäfer, Beder, Schirmer, Wiedeburg, Behrens und der so sinnlich verflucht Erolsen-Schäfer, die christlichen Gewerkschaftsleute und Reichstagsabgeordneten von Zentrums Gnaden fühlen sich nicht als Arbeitervertreter, als Gewerkschafter im Reichstag, sondern als bürgerlich-kapitalistisch-junkterliche Parteipolitiker, die mit dem schwarzblauen Blod die Erbschaftsteuer ablehnen und die neue Finanzreform mit 500 Millionen neuer Steuern annehmen, in dem vollen Bewußtsein, dadurch gegen die Arbeiterinteressen zu handeln, diese schwer zu schädigen. In fünf handwurmatig langen Artikeln bemühte sich das christliche Zentrumblatt mit Bindungen eines Schlangenmenschen, den christlichen Arbeitervertret zu rechtfertigen und zu beichnigen, um die dunkle Seite der Sozialdemokratie und der mit ihr verbündeten freien Gewerkschaften gegenüber unserer Bevölkerung aufzuhüften. Dabei ist aber von demselben Zentrumblatt zugegedient worden: „Dadurch, daß eine Reihe führender Kollegen Reichstagmandate hat, kommen wir in eine schwierige Stellung. Man wird nur zu leicht die politischen Handlungen unserer Kollegen in den Parlamenten unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung zur Last legen.“ Ganz selbstverständlich und die „christlichen“ melden sich nur einmal selbst Rechtfertigung ablegen.

darüber, wie umgekehrt sie Arbeitervertret von sozialdemokratischen Gewerkschaftern im Reichstag gegen die freien Gewerkschaften ausspielen würden, um diese aufs schwerste zu schädigen. Wie sieberhaft würden da die Gefüten in M.-Gladbach arbeiten und sitzen, um einen vernichtenden Streich gegen die gehassten roten Gewerkschaften zu führen. Gehen sie doch schon in skrupellosester Weise mit der schwindelhaften Verdrehung und Frustifizierung von Abstimmungen der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag haustieren, die sich gegen die Verwässerung und Verschlechterung von Arbeiterschutzbvorlagen oder zwiefelhafte neue Steuern richteten und mit denen daher wirkliche Arbeitervertreter, auch wenn sie als „christlich“ etikettiert sind, durchaus einverstanden sein sollten, statt sie für bürgerliche Parteipolitik zu missbrauchen.

Diese antiproletarische „christliche“ Arbeiterpolitik hat aber das Zentrumblatt noch ausdrücklich in seiner Nr. 17 dieses Jahres verteidigt, indem es schrieb: „Wollen unsere Arbeiterabgeordneten innerhalb der bürgerlichen Parteien Einfluß gewinnen, wollen sie Verdienste für die soziale Lage der arbeitenden Klasse und Verbesserung ihrer dringendsten Wünsche erzielen, so können sie in Fragen politischer Art nicht die Solidarität mit den Parteien verleugnen, innerhalb denen sie stehen. Mit dieser Tatsache müssen sich unsere christlichen Arbeiter abfinden.“ Und Schäfer schlug die gleichen Töne an in einer Versammlung in Düsseldorf zur Verteidigung seines Fraktionsfreundes Giesberts, indem er sagte: „Wenn man einmal von einer Partei ins Parlament gewählt worden ist, dann muß man auch Rücksicht nehmen auf die betreffende Partei. Wir haben in Berlin nicht nur Arbeiterpolitisches treiben wollen, sonst hätte uns keine Partei gebrauchen können. Eine eigene Partei zu gründen, haben wir auch abgelehnt. . . . Keine Arbeiterpolitik wird von einer bürgerlichen Partei akzeptiert werden können, weil darin die widerstreitenden Interessen auseinanderplatzen.“ Und ein anderthalb Jahr später das schöne Bekennnis ab: „Ist nun auch Rücknahme unserer christlichen Arbeiterabgeordneten notwendig auf die Partei? Viele werden schon gedacht haben: Warum treten sie im Parlament nicht radikalier auf? Wenn wir auf unsere Partei nicht diejenige Rücksicht nehmen, welche einfach recht und billig ist, wenn wir ein einfache Interessenpolitik treiben würden, dann kann uns keine politische Partei in Mandat geben.“

Die christlichen Arbeiterschreiber haben also als Abgeordnete keine andere Aufgabe, als die Reihen des Zentrums um 5, der Antisemiten um 1 (früher 2) zu verstüren, die vollen Stellvertreter für gerüchtiger oder jungerlicher Politiker zu sein, die sonst auf diesen Reichstagssesseln sitzen würden, wenn die Parteien nicht die Herren für ihre politischen Handlangerdienste einige Mandate als Anerkennung hätten überlassen müssen. Ein elender Mandatsschächer! Die sozialdemokratischen Arbeiter wählen ihre Vertrauensmänner in den Reichstag zur wirklichen Vertretung ihrer Interessen; die „christlichen“ Arbeiterschreiber betrachten dies aber anscheinend keineswegs als ihre Hauptaufgabe, sie fühlen sich mehr als Handlanger des Zentrums, der Pfaffen und der Junker, vertreten mehr die Interessen der Beständigen, die parteipolitischen Interessen des Zentrums und verraten dagegen die Interessen der christlichen wie der gesamten Arbeiterschaft.

Man weiß, daß es dem Zentrum bei der Finanzreform darauf ankam, Rache an Bülow zu nehmen für die Reichstagsauflösung von 1906 und die Proklamation des Kompromisses gegen die ultramontane Partei, Rache, die nur ihre volle Befriedigung in dem Sturz des gehassten Gegners finden konnte. Und man weiß ferner, daß das Zentrum wieder maßgebende oder doch mitbestimmende Regierungspartei werden wollte, um die verlorene alte Machtstellung, den früheren großen Einfluß zurückzuerobern. Dazu kam, daß auch der berühmte „Familienmann“ seiner Linker von der Erbschaftsteuer ebenso bedroht war wie derjenige der konserватiven Linker, die überdies mit jenen auch in der neuen Liebesgabepolitik die gleichen Interessen hatten, für die das Zentrum mit Eifer und seiner speziellen „Arbeitervertreter“ begeistert und entfacht wie immer eintrat. So entstand der neue schwarzblaue Block und ging der liberal-konservative Blockwesten Bülow in Trümmer; so kam die Verkürzung der Erbschaftsteuer und die Rettung der Liebesgaben, so kamen die neuen Steuern von 500 Millionen Mark, die neuen Steuerlasten für das arbeitende Volk, unter der tatkräftigen Mitwirkung der „christlichen Arbeitervertreter“ zusammen.

Diese Vorgänge und ihre treibenden Kräfte laufen alle Welt und es wirkt daher die komische Wichtigkeit eines Matthias Schäfer es nicht als Arbeitervertreter, als Gewerkschafter im Reichstag, sondern als bürgerlich-kapitalistisch-junkterliche Parteipolitiker, die mit dem schwarzblauen Blod die Erbschaftsteuer ablehnen und die neue Finanzreform mit 500 Millionen neuer Steuern annehmen, in dem vollen Bewußtsein, dadurch gegen die Arbeiterinteressen zu handeln, diese schwer zu schädigen. In fünf handwurmatig langen Artikeln bemühte sich das christliche Zentrumblatt mit Bindungen eines Schlangenmenschen, den christlichen Arbeitervertret zu rechtfertigen und zu beichnigen, um die dunkle Seite der Sozialdemokratie und der mit ihr verbündeten freien Gewerkschaften gegenüber unserer Bevölkerung aufzuhüften. Dabei ist aber von demselben Zentrumblatt zugegedient worden: „Dadurch, daß eine Reihe führender Kollegen Reichstagmandate hat, kommen wir in eine schwierige Stellung. Man wird nur zu leicht die politischen Handlungen unserer Kollegen in den Parlamenten unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung zur Last legen.“ Ganz selbstverständlich und die „christlichen“ melden sich nur einmal selbst Rechtfertigung ablegen.

darüber, wie umgekehrt sie Arbeitervertret von sozialdemokratischen Gewerkschaftern im Reichstag gegen die freien Gewerkschaften ausspielen würden, um diese aufs schwerste zu schädigen. Wie sieberhaft würden da die Gefüten in M.-Gladbach arbeiten und sitzen, um einen vernichtenden Streich gegen die gehassten roten Gewerkschaften zu führen. Gehen sie doch schon in skrupellosester Weise mit der schwindelhaften Verdrehung und Frustifizierung von Abstimmungen der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag haustieren, die sich gegen die Verwässerung und Verschlechterung von Arbeiterschutzbvorlagen oder zwiefelhafte neue Steuern richteten und mit denen daher wirkliche Arbeitervertreter, auch wenn sie als „christlich“ etikettiert sind, durchaus einverstanden sein sollten, statt sie für bürgerliche Parteipolitik zu missbrauchen.

Der Vorhalt, den das Berliner Blatt dem Herrn Schäfer macht, ist sehr am Platze und muss auch immer wiederholt werden, weil die dreißigen Arbeitervertreter ihre Anhänger damit zum Narren halten, daß sie ihnen erzählen, der eine von ihnen habe gegen diese, der andere gegen jene Steuer gestimmt, aber über die Tatsache hinwegpostulieren, daß schließlich alle „christlichen“ Vertreter für das volkspolternde Finanzreform gestimmt haben, die obendrein nur mit 195 gegen 187 Stimmen angenommen, also, von den Arbeiterschreibern gerettet wurde. Hätten sie dagegen gestimmt oder sich auch nur der Abstimmung enthalten, so wäre sie abgelehnt worden. Somit trifft die „christlichen“ Arbeiterschreiber, von denen inzwischen der Schäfer sich selbst gerichtet hat, die Hauptschuld und Hauptverantwortung an dem beispiellosen Raubzug, den selbst katholische Geistliche, wie die Pfarrer Münsterer und Feuerstein, auf Schäfer verurteilten und von dem ein Arbeiter in einer Mitgliederversammlung des Arbeitervereins Donaueschingen nach der Rede Feuersteins sagte: „Meine Herren, ich bin nicht in der Lage, die Steuerpolitik des Zentrums zu rechtfertigen, weil die sich nicht rechtfertigen läßt.“ Dieser Arbeiter hat natürlich nicht die Jesuitenschule in M.-Gladbach, die Quetsche für christliche Arbeiterschreiber, durchgemacht und ist noch nicht als Politiker in den Reihen der Zentrumspartei korrumptiert worden.

Diese politische Korruption von Arbeitern spreizt sich mit „staatsmännischem Getue“, wozu wieder die Jesuitenschule in M.-Gladbach das nötige literarische Rüstzeug liefert. So führt sich die Artikelserie des Zentralblattes auf das Buch von Dr. Seuffel über „Die Reichsfinanzen und die Steuerreform“, das den großen Raubzug auf die Taschen der Arbeiter als eine große staatsmännische und patriotische Tat, als ein vor allem im Interesse der Arbeiterselbstverwaltung handelndes grandioses Werk preist und mit den gewohnten ultramontan-demagogischen Kniffen, die die politische Urteilslosigkeit der proletarischen Wählermassen des Zentrums auf Vorausezung haben, mundgerecht zu machen sucht. In einem Atemzug sagt man den Unternehmern, daß sie durch die neuen indirekten Steuerlasten nicht geschädigt werden, da sie ja auf das konsumierende Publikum abwälzen können. Die 25 000 arbeitslos gewordenen und die übrigen circa 200 000 sonst geschädigten Laienarbeiter tröstet man mit den lämpigen vier Millionen, aus denen die Arbeiterschreiber statt des von den Sozialdemokraten beantragten vollen Lohnes nur drei Viertel des selben erhalten, wodurch der Zollinduldet und der kapitalistischen Schmuckluntern Für und Tor geöffnet sind. Das Zentralblatt verteidigt natürlich auch den Verwendungszweck der neuen wie der alten Steuern und Zölle für Militärismus, Materialismus und Weltpolitik. Es hat noch nie etwas gehört vom Volksheer statt des lehrenden Heeres, von den durch England wiederholt gemachten Abüßungsvorschlägen, von dem guten Willen der Sozialdemokraten, Deutschland wehrfähig zu erhalten, aber durch einschneidende Reformen die Landesverteidigung bedeutend zu verstüllen, größere Summen für wirkliche Kulturaufgaben verfügbar zu machen, die Steuerlasten zu mildern und der Schuldenwirtschaft ein Ende zu bereiten. Das ist staatsmännisch. Das ist wirklich weitreichende, volkstümliche Politik, Volkspolitik im Gegensatz zu der Klassenpolitik des Zentrums, der übrigen bürgerlichen Parteien und der Regierungen, die nur für ihre Klasseninteressen gegen die Interessen der Arbeiter Politik treiben.

Nur noch ein statistischer Betrug sei aus der Artikelserie des Zentralblattes hergehoben. Es bringt eine der üblichen vergleichenden Steuerstatistiken, in der Deutschland mit 48,17 M. Steuer pro Kopf erscheint gegen 82,70 M. in Frankreich und 95,80 M. in England, so daß also wir viel weniger Steuern zahlen müssten, als die Franzosen und die Engländer. Das Blatt verschiebt aber, daß zu diesen Reichssteuern auch noch die schweren Steuern der 26 Einzelstaaten kommen, während Frankreich und England Zentralstaaten sind. Dabei steht aber das Deutsche Reich mit seinen 48,17 M. (240,85 M. für die fünfjährige Familie) noch ganz bedeutend über anderen Staaten, so Österreich mit 41,70, Russland mit 18,40, Japan mit 20,50 M. u. s. w. Dann redet das Blatt von der Tilgung der 5 Milliarden Schulden: „Wenn diese Aufgabe erfüllt wird und die Bürger nach ihrer Leistungsfähigkeit tragen, so kann uns dies nicht so außerordentlich schaden fallen.“ Das schreibt das christliche Blatt in seiner Artikelserie zur Belebung des Steueraufwandes, der gerade die Bürger nicht nach ihrer Leistungsfähigkeit trifft, sondern die Reichen fördert und die Armen plündert. Nun, über dem christlichen Arbeitervertret waltet bereits die Meeres. Eine Massenstrafe der verirrten und verlaufenen christlichen Kollegen.

lichen Arbeit aus dem für sie unbeschwerlich schweren Lager hat gegenwärtig keine Demagogie, seine stupide Verleumdung der Metallarbeiter kann den Abgang der arbeitlichen Arbeiter bestreiten mehr aufhalten. Der Arbeitskreisrat der arbeitlichen Arbeiter und des Betriebs gelingt nun mit Naturnotwendigkeit die Gräte, die den Verdiens nicht gefallen, die aber die Erfüllung ihres unauflöslichen Schicksals besiegen. Die Sozialdemokratie aber, die wie der alte Antikus neue Kraft aus der alten Brüderlichkeit mit der Mutter Erde, das heißt mit den Massen des arbeitenden Volkes zieht und ihnen treu bleibt, beweist aufs neue ihre Unerschütterlichkeit und Unüberwindlichkeit. Der Geschichtsbericht der Stey!

## Unfallverhütung in den Berufsgenossenschaften der Eisen- und Metallindustrie im Jahre 1908.

Die vornehmste Aufgabe der Berufsgenossenschaften soll die Unfallverhütung und der Arbeitsschutz sein. Das wird auf den Verbandsberichten der Genossenschaften und in der Öffentlichkeit gern und in allen Tonarten wiederholt. Und die Unternehmerprese will uns glauben machen, daß in Bezug auf die Aussicht der gewerblichen Betriebe und auch in Anwendung von geeigneten Schutzberechtigungen alles in bester Ordnung sei.

Was von diesen Betreuungen zu halten ist, das zeigen wieder einmal die Berichte der zwölf Berufsgenossenschaften für die Eisen- und Metallindustrie über das verflossene Jahr. So gern man verschleiern möchte, zeigt sich daraus doch, daß die Kontrolle der Betriebe eine äußerst ungenügende ist und daß es mit der Durchführung des Schutzes der Arbeiter vor Leben und Gesundheit bedrohenden Gefahren keineswegs gut bestellt ist. Schon allein die Zahl von 18117 Unfällen in der Eisen- und Metallindustrie im Jahre 1908 bietet den besten Beweis dafür, wie ungünstig die Verhältnisse auf dem Gebiet der Unfallverhütung für die Metallarbeiter sind. Die Unternehmer behaupten oft, daß eine Besserung im Unschutz nicht möglich sei und daß es als ausgeschlossen betrachtet werden müsse, die Gefahren des Berufs auszuschalten und die Unschärfigkeit in den industriellen Betrieben in nennenswertem Maße einzudrücken. Mit dem Leichtsinn der Arbeiter, der Unvollkommenheit der Schutzberechtigungen und den sonstigen Zufälligkeiten läßt immer gerechnet werden, diese würden bei der Herstellung von Unfällen stets mitwirken und sich niemals ausschalten lassen. Es ist zu einem gewissen Grade das richtig. Ganz lassen sich Unfälle nicht vermeiden. Auch in den bestergerichteten Betrieben, bei festen Schutzberechtigungen und bei peinlichster Beachtung aller Vorschriften durch die Arbeiter werden Unfälle eintreten, aber sie werden sehr selten sein, so wie heute schon in gut eingerichteten und leitenden Betrieben Unfälle sich nur selten ereignen. Allerdings steht derartige Einrichtungen Geld. Und das ist der springende Punkt. Es ist viel bequemer und billiger, gegenüber den vielen Unternehmen über den Leichtsinn und die Rentenberechtigkeit der verfehlten Arbeiter zu schimpfen. Der Leichtsinn der Arbeiter gegenüber den Betriebsgefahren ist mit der Zeit zu einer ständigen Nebensache geworden. Auch in den vorliegenden Berichten der zwölf Berufsgenossenschaften wird wieder dem Leichtsinn der Arbeiter eine sehr hohe Zahl von Unfällen zugeschoben, während angeblich die durch Unternehmer verschuldeten Unfälle ganz minimal sind.

Dass es Arbeiter gibt, die sich leichtfertig einer Gefahr aussetzen, wollen wir nicht bezweifeln. Den „Leichtsinn“ aber deshalb wesentlichen Unfallfaktor in Rechnung zu ziehen, geht nicht an, der Regel spielen ganz andere Umstände mit. Was man als Leichtsinn ausgibt, ist meist nichts anderes als Unverantwortlichkeit der Arbeiter mit den Betriebsverhältnissen und Unkenntnis der Betriebsregeln. Die Schuldf, die den Arbeitern zur Last gelegt wird, ist daher mit weit mehr Recht die Unternehmer, die sich meistens der Vollgelt der Arbeitskraft leiten lassen, ohne zu prüfen, ob Arbeiter auch den Anforderungen gewachsen, ob sie mit den Maschinen und sonstigen Betriebsanordnungen vertraut sind und ob die für ihre Tätigkeit erforderliche Erfahrung und Überlegung haben. Oft genug würden die ungenügenden Betriebsanordnungen Arbeiter, sich über offensichtliche Unfallgefahren hinwegzutun, um sie ihre Arbeitsstelle behalten und den Anforderungen der Unternehmer entsprechen wollen.

Über die Schuldf der Arbeiter an den Unfällen wird in den Berichten, soweit darin überhaupt von der Unfallverhütung die Rede ist, mancherlei Ausführungen. Soll allen Betrieben wir über eine objektive Darstellung abprüfen, so zu dem Zeitpunkt den Stempel der tendenziösen Erzielung. Es kann unmöglich glauben, daß der Leichtsinn der Arbeiter alle Unfälle verursacht haben soll, die auf dieses Konto gegeben werden.

Einige Aufsichtsbeamte sind jedoch genug, bei den angeblich verhinderten der Arbeiter verhinderten Unfällen widerstande empfinden, andere hingegen bezeichnen alle mögliche Unschärfigkeit und dergleichen vorgebrachten Unfälle als leichtsinnig. Wir könnten diesen Beamten einmal zu die Lage der Arbeiter zu kommen, wahrscheinlich würden sie dann bald eine Auseinandersetzung über den „Leichtsinn“ der Arbeiter befürchten.

Einige Ausschreibungen der Aussichtsbeamten wollen wir in folgendem näher skizzieren. In dem Bericht der Süddeutschen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft werden von 6588 im Jahre 1908 vorgedruckten Unfällen 4645 auf die Schuldf der Arbeiter geschoben; 860 Unfälle sollen durch Handeln wider bestehende Vorschriften oder erhaltene Unfallsachen, 2 durch Leichtsinn, 429 durch Ungeschicklichkeit und Unachtsamkeit und 4 durch ungeeignete Kleidung entstanden sein. Dazu wird bemerk, daß ein großer Teil der Verletzten leider immer noch gar kein Verständnis hatte zu haben scheine, daß alle Maßnahmen in erster Linie im Interesse der Arbeiter erfolgen, sonst wäre es nicht möglich, daß ein so großer Prozentsatz von Unfällen auf größte Fahrlässigkeit, ausgesprochenen Leichtsinn, ja nicht selten auf ein geradezu herausforderndes Verhalten zurückgeführt werden müsse. In dem Bericht der Nordostdeutschen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft werden von zusammen 1850 Unfällen 71 auf die Schuldf von Mitarbeitern, 184 auf die Nichtbenutzung gebotener Schuhmittel oder vorhandener Schutzberechtigungen und 581 auf Unachtsamkeit der Verletzten zurückgeführt. Die Schlesische Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft führt von 1928 Unfällen des verflossenen Jahres 88 auf die Schuldf von Mitarbeitern, 188 auf die Geschicklichkeit des Betriebes, 27 auf mangelhafte Betriebsanordnungen, 692 dagegen auf die Ungeschicklichkeit und Unachtsamkeit der Arbeiter, 178 auf Nichtbenutzung gebotener Schuhmittel durch die Arbeiter, 38 auf zusammenhängende Ursachen und 719 auf Füllfähigkeiten und nicht zu ermittelnde Umstände zurück. Der technische Aussichtsbeamte der Schlesisch-Hüttingischen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft schildert eine Reihe von Unfällen, um zum Schluß zu betonen, daß aus den Unfallanzeigen und Unfalluntersuchungsprotokollen zu erkennen sei, daß ein großer Teil der Unfälle auf Unachtsamkeit, ja auch auf Leichtsinn selten der Verletzten zurückzuführen war. In einigen (1) Fällen trug auch der Mangel an Schutzberechtigungen die Schuldf am Unfall. Die Beamten der Südbadischen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft berichten über die Unfallverhütung ziemlich ausführlich, im Gegensatz zu ihren Kollegen bemerken sie jedoch von dem Leichtsinn der Arbeiter sehr wenig, um so mehr dagegen von fehlenden Schutzberechtigungen und sonstigen Mängeln in den Betrieben. Aus diesem Bericht geht hervor, was wir eingangs bemerkten, daß nicht die Arbeiter in ersten Linie Schuldf an den Unfällen haben, sondern die gleichgültigen Unternehmer und die ungenügende Kontrolle der Betriebe. Letztere kommt auf das Konto der Berufsgenossenschaften, die die Unfallverhütung nicht hoch genug einschätzen. Ein Beweis dafür ist schon in dem Umstand zu finden, daß ein Teil der Berufsgenossenschaften die Unfallverhütung in ihren Jahresberichten mit Still-schweigen oder mit ein paar nichts sagenden Nebensachen übergehen. Die rheinisch-Westfälische Hütten- und Walzwerksberufsgenossenschaft und die Süddeutsche Eisen- und Edelmetall- und Umedelmetallberufsgenossenschaft berichten über die Unfallverhütung gar nichts, die Nordwestdeutsche Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft teilt nur mit, daß eine fortlaufende Revision der Betriebe stattfindet, deren Ergebnis die bereitwillige (1) Einführung der als notwendig erkannten Schutzberechtigungen zur Folge habe. Die Schlesische Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft bringt eine allgemeine Aufstellung der erfolgten Betriebsrevisionen und eine tendenziöse Zusammenstellung über die Unfallsachen. Die Maschinenbau- und Kleineisenindustrieberufsgenossenschaft und die Norddeutsche Metall- und Umedelmetallberufsgenossenschaft stellen ebenfalls nur die Zahl der revidierten Betriebe fest. Die Nordostdeutsche Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft, die Sachsisch-Hüttingische Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft, die Süddutsche Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft und die Schmiedeberufsgenossenschaft haben in 3110 revidierten Betrieben 6638 Unfälle aller Art festgestellt. Wir haben das nähere hierüber bereits in Nr. 45 berichtet, ebenso in Nr. 39 über die vielen Unfälle, die der Beamte der Schmiedeberufsgenossenschaft in der von ihm revidierten geringen Zahl von Betrieben hatte. Der Beamte der Sachsisch-Hüttingischen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft und die Chemnitz, weiß nur allgemein auf die vorgefundene Mängel hin, der zweite Beamte dieser Berufsgenossenschaft, Sig. Leipzig, teilt mit, daß von 290 revidierten Betrieben nur 11 zu leineren Beanstandungen Unfall gaben, in 156 Betrieben dagegen sich mehr oder weniger Anstrengungen zur Unfallverhütung nötig machten. Im Bericht des Beamten der Südwesterländer Eisenberufsgenossenschaft sind die Anstrengungen der Aufsichtsbeamten zur Verstärkung. Im Durchschnitt kommt also auf 2095 Betrieb ein Beamter. Diese Zahl wird allerdings durch die vielen Betriebe der Schmiedeberufsgenossenschaft bestimmt, aber die nach folgende Tabelle zeigt, daß fast bei keiner BetriebsgröÙe die Beamter in der Lage sind, den Mindestanforderungen an eine ausreichende Revision zu genügen und jeden Betrieb mindestens einmal jährlich zu revidieren.

Zu diesem Mangel an Aufsichtsbeamten gefäßt sich der Umstand, daß die Beamten für die Betriebsüberwachung nicht voll zur Verfügung stehen. So durchweg sind die technischen Beamten zugleich Rechnungsbeamte, die Bücherrichtungen und dergleichen vorzunehmen haben. Auch nach anderen Arbeiten wird ein Teil ihrer Arbeitskraft dem eigentlichen Zweck entzogen. Einige Fachleute mögen das verantwördlichen. Die Beamte der Schmiedeberufsgenossenschaft haben für die Betriebsüberwachung nicht genug, bei den angeblich verhinderten der Arbeiter verhinderten Unfällen widerstande empfinden, andere hingegen bezeichnen alle mögliche Unschärfigkeit und dergleichen vorgebrachten Unfälle als leichtsinnig. Wir könnten diesen Beamten einmal zu die Lage der Arbeiter zu kommen, wahrscheinlich würden sie dann bald eine Auseinandersetzung über den „Leichtsinn“ der Arbeiter befürchten.

Um dies zu verhindern, muß eine höhere Schaffestigkeit bestehen, als selbst gute Bronze. Die Zusicherung gestrichen sei automatischen Drehbänken. Vorurteil ist insgeheben nicht anzugeben und die Ausleistung und von unbegrenzter Hoffnungslosigkeit. Eine Stopfbüchse trifft nicht mehr. An die Stelle steht eine einfache Kupplung mit Universalverschraubung besser Qualität für Kali- und Feuerzeiter. Bereitstellbar ist der Beleg für längere Spindel. Die Spindel des Ventilionslängsstochers ist durchgehend, jede Seite und das Hebelelement ganz ausgebaut, unten und oben reinigungsleicht. Ein bedeutender Vorteil des Ventilionslängsstochers ist der abstoßende Rostkörper, der automatisch die Spindel abstoßt, sobald der Hahn auszuhandhaben ansetzt. Dies ist gleichzeitig, ob die Spindel unter Druck steht oder nicht. Dabei senkt der Rostkörper den Hahn vor ganz minimalem. Zur Heizleitung werden die Ventilionslängsstocher mit Isolationsmasse ausgestattet, wodurch vollkommenes Dichtungs erzielt wird.

Im Werkzeugen Raum in Düsseldorf der Sonderarbeiten ist besonders wichtig, daß der Mangel nicht, aber jetzt während zweier sehr Dosenfassaden auf, das darum schließen läßt, daß die ganze Dose nicht allen Anforderungen entspricht. Ein großer, brauchbar und für alle Dosenformen verwendbarer Dosenkasten ist von der Firma "Gesellschaft für Feuerzeiterzeugung und Feuerzeiterzeugung" Barthel & Geissel in Bremen (Bremen). Die Vorlage des zentralen Feuerzeiterzeugung besteht darin, daß sich darin Dosenabfälle von 3 bis 25 Zentimeter Länge ohne jede Platzbeschränkung und ohne Größe des Feuerzeiterzeugung und Feuerzeiterzeugung verdeckt aufbewahren können, um die herkömmlichen Verdeckungen nicht und den anderen Feuerzeiterzeugung gelagert werden kann. Der Apparat aus einer festen, rückdichten Stange mit gehöriger Stahlspitze an dem einen und einem weiteren Ende ist an beiden Enden offen. In der Stange in ein Metallrohr mit weiterer Stahlspitze verarbeitet und festig aufgezogen. Beim Schrauben steht vor die Stahlspitze in den Mittelpunkt des Dosenabfalls ein, so daß der Feuerzeiterzeugung der Entfernung der Dose die Dose hergestellt, so daß die Stahlspitze bis an den Rand der Dose und fests

sich auf hat im verflossenen Jahre 170 Arbeitstage mit Betriebsroutinen aufgefüllt und 192 Tage zu Rohbauprozessen, Rohstoffen und anderen Aufträgen verwendet. Die Beamten der Norddeutschen Metallberufsgenossenschaft haben nur an 11 und 76 Tagen im letzten Jahre Betriebsroutinen vorgenommen. Bei der Schlesischen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft erledigte ein Beamter in Section I 238 Tage, ein Beamter in Section II 124 Tage. Bei der Nordostdeutschen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft war die Revisionstätigkeit besonders eingeschränkt, weil die technischen Aussichtsbeamten im Laufe des Jahres Gesamtrentarif neu bearbeiten muhten, welche Arbeit die Beamten fast während des ganzen Jahres voll in Anspruch nahm. Die 10 Beamten der Maschinenbau- und Kleineisenindustrieberufsgenossenschaft waren zusammen mit 838 Tage auswärts tätig; der Beamte der Südwesterländer Eisenberufsgenossenschaft revidierte an 188 Tagen. Wenn die Beamten nicht ständig unterwegs sind, wird den Versicherungen an eine ausreichende Kontrolle nicht entsprochen.

Wieviel Betriebe von den Beamten revidiert worden sind, haben die rheinisch-Westfälische Hütten- und Walzwerksberufsgenossenschaft, die Nordwestdeutsche Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft und die Sachsisch-Hüttingische Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft nicht angegeben für notwendig erachtet. Von den berichtenden Berufsgenossenschaften steht die Südwesterländer Eisenberufsgenossenschaft in der Zahl der vorgenommenen Revisionsen an höchster Stelle, der Beamte der Schmiedeberufsgenossenschaft konnte noch nicht einmal zwei Prozent der Betriebe bestreichen. Bei der ungewissen Zahl von Betrieben, die diese Berufsgenossenschaft umfaßt, ist das nicht besonders verwunderlich, auch die jetzt erfolgte Auflistung eines zweiten Beamten kann hier nicht genügen.

Die folgende Tabelle bringt zum Ausdruck, wieviel Betriebe im Jahre 1908 kontrolliert worden sind und wieviel Betriebe auf einen Revisor kommen.

Berufsgenossenschaft	Zahl der im Jahre 1908 vorhandenen Betriebe		Anzahl Beamten im Durchschnitt		
	revidierten Betriebe	in prozent			
Feinmechanik und Elektrotechnik . . .	6162	1186	18,4	3	2054
Süddeutsche Eisen- und Stahl- . . . .	12498	3110	25,0	6	2082
Südwesterländer Eisen- . . . .	694	580	83,5	1	694
Rhein-West. Hütten- u. Walzwerks- . . .	220	?	?	2	110
Maschinenbau- u. Kleineisenindustrie- . .	8200	1044	28,7	10	820
Sächs.-Hütten. Eisen- und Stahl- . . .	5994	?	?	2	2897
Nordostliche . . . .	6249	640	10,2	2	3124
Schlesische . . . .	2048	1500	78,0	2	1024
Nordwestliche . . . .	6122	?	?	3	2041
Süddeutsche Edel- und Umedmetall- . .	2416	?	?	1	2416
Norddeutsche Metall- . . . .	3645	657	18,0	2	1822
Schmiede- . . . .	54093	965	1,8	2	27046

Wie dringend eine ausgeführte Betriebskontrolle notzt, zeigen die Angaben der Aussichtsbeamten über das Fehlen von Schutzberechtigungen und über die sonstigen Verluste und Anstände in den revidierten Betrieben. Nur sechs Berichte enthalten darüber Mitteilungen, es genügt aber, um die Unternehmer zu charakterisieren und darzutun, daß nicht der „Leichtsinnige“ Arbeiter, sondern der Leichtsinnige Unternehmer an den Pranger gehört. Allein die Beamten der Südwesterländer Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft haben in 3110 revidierten Betrieben 6638 Unfälle aller Art festgestellt. Wir haben das nähere hierüber bereits in Nr. 45 berichtet, ebenso in Nr. 39 über die vielen Unfälle, die der Beamte der Schmiedeberufsgenossenschaft in der von ihm revidierten geringen Zahl von Betrieben hatte. Der Beamte der Sachsisch-Hüttingischen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft haben in 3110 revidierten Betrieben 6638 Unfälle aller Art festgestellt. Wir haben das nähere hierüber bereits in Nr. 45 berichtet, ebenso in Nr. 39 über die vielen Unfälle, die der Beamte der Schmiedeberufsgenossenschaft in der von ihm revidierten geringen Zahl von Betrieben hatte. Der Beamte der Sachsisch-Hüttingischen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft haben in 3110 revidierten Betrieben 6638 Unfälle aller Art festgestellt. Wir haben das nähere hierüber bereits in Nr. 45 berichtet, ebenso in Nr. 39 über die vielen Unfälle, die der Beamte der Schmiedeberufsgenossenschaft in der von ihm revidierten geringen Zahl von Betrieben hatte. Der Beamte der Sachsisch-Hüttingischen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft haben in 3110 revidierten Betrieben 6638 Unfälle aller Art festgestellt. Wir haben das nähere hierüber bereits in Nr. 45 berichtet, ebenso in Nr. 39 über die vielen Unfälle, die der Beamte der Schmiedeberufsgenossenschaft in der von ihm revidierten geringen Zahl von Betrieben hatte. Der Beamte der Sachsisch-Hüttingischen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft haben in 3110 revidierten Betrieben 6638 Unfälle aller Art festgestellt. Wir haben das nähere hierüber bereits in Nr. 45 berichtet, ebenso in Nr. 39 über die vielen Unfälle, die der Beamte der Schmiedeberufsgenossenschaft in der von ihm revidierten geringen Zahl von Betrieben hatte. Der Beamte der Sachsisch-Hüttingischen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft haben in 3110 revidierten Betrieben 6638 Unfälle aller Art festgestellt. Wir haben das nähere hierüber bereits in Nr. 45 berichtet, ebenso in Nr. 39 über die vielen Unfälle, die der Beamte der Schmiedeberufsgenossenschaft in der von ihm revidierten geringen Zahl von Betrieben hatte. Der Beamte der Sachsisch-Hüttingischen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft haben in 3110 revidierten Betrieben 6638 Unfälle aller Art festgestellt. Wir haben das nähere hierüber bereits in Nr. 45 berichtet, ebenso in Nr. 39 über die vielen Unfälle, die der Beamte der Schmiedeberufsgenossenschaft in der von ihm revidierten geringen Zahl von Betrieben hatte. Der Beamte der Sachsisch-Hüttingischen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft haben in 3110 revidierten Betrieben 6638 Unfälle aller Art festgestellt. Wir haben das nähere hierüber bereits in Nr. 45 berichtet, ebenso in Nr. 39 über die vielen Unfälle, die der Beamte der Schmiedeberufsgenossenschaft in der von ihm revidierten geringen Zahl von Betrieben hatte. Der Beamte der Sachsisch-Hüttingischen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft haben in 3110 revidierten Betrieben 6638 Unfälle aller Art festgestellt. Wir haben das nähere hierüber bereits in Nr. 45 berichtet, ebenso in Nr. 39 über die vielen Unfälle, die der Beamte der Schmiedeberufsgenossenschaft in der von ihm revidierten geringen Zahl von Betrieben hatte. Der Beamte der Sachsisch-Hüttingischen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft haben in 3110 revidierten Betrieben 6638 Unfälle aller Art festgestellt. Wir haben das nähere hierüber bereits in Nr. 45 berichtet, ebenso in Nr. 39 über die vielen Unfälle, die der Beamte der Schmiedeberufsgenossenschaft in der von ihm revidierten geringen Zahl von Betrieben hatte. Der Beamte der Sachsisch-Hüttingischen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft haben in 3110 revidierten Betrieben 6638 Unfälle aller Art festgestellt. Wir haben das nähere hierüber bereits in Nr. 45 berichtet, ebenso in Nr. 39 über die vielen Unfälle, die der Beamte der Schmiedeberufsgenossenschaft in der von ihm revidierten geringen Zahl von Betrieben hatte. Der Beamte der Sachsisch-Hüttingischen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft haben in 3110 revidierten Betrieben 6638 Unfälle aller Art festgestellt. Wir haben das nähere hierüber bereits in Nr. 45 berichtet, ebenso in Nr. 39 über die vielen Unfälle, die der Beamte der Schmiedeberufsgenossenschaft in der von ihm revidierten geringen Zahl von Betrieben hatte. Der Beamte der Sachsisch-Hüttingischen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft haben in 3110 revidierten Betrieben 6638 Unfälle aller Art festgestellt. Wir haben das nähere hierüber bereits in Nr. 45 berichtet, ebenso in Nr. 39 über die vielen Unfälle, die der Beamte der Schmiedeberufsgenossenschaft in der von ihm revidierten geringen Zahl von Betrieben hatte. Der Beamte der Sachsisch-Hüttingischen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft haben in 3110 revidierten Betrieben 6638 Unfälle aller Art festgestellt. Wir haben das nähere hierüber bereits in Nr. 45 berichtet, ebenso in Nr. 39 über die vielen Unfälle, die der Beamte der Schmiedeberufsgenossenschaft in der von ihm revidierten geringen Zahl von Betrieben hatte. Der Beamte der Sachsisch-Hüttingischen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft haben in 3110 revidierten Betrieben 6638 Unfälle aller Art festgestellt. Wir haben das nähere hierüber bereits in Nr. 45 berichtet, ebenso in Nr. 39 über die vielen Unfälle, die der Beamte der Schmiedeberufsgenossenschaft in der von ihm revidierten geringen Zahl von Betrieben hatte. Der Beamte der Sachsisch-Hüttingischen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft haben in 3110 revidierten Betrieben 6638 Unfälle aller Art festgestellt. Wir haben das nähere hierüber bereits in Nr. 45 berichtet, ebenso in Nr. 39 über die vielen Unfälle, die der Beamte der Schmiedeberufsgenossenschaft in der von ihm revidierten geringen Zahl von Betrieben hatte. Der Beamte der Sachsisch-Hüttingischen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft haben in 3110 revidierten Betrieben 6638 Unfälle aller Art festgestellt. Wir haben das nähere hierüber bereits in Nr. 45 berichtet, ebenso in Nr. 39 über die vielen Unfälle, die der Beamte der Schmiedeberufsgenossenschaft in der von ihm revidierten geringen Zahl von Betrieben hatte. Der Beamte der Sachsisch-Hüttingischen Eisen- und

gkeiten und Mängeln und Fehlen von Schutzvorrichtungen, die Rettung von Arbeitsplätzen in unmittelbarer Höhe deswegen verhindern zu können sind nicht zu entkräften, wogegen sie für eine ganze Anzahl Verluste der Arbeitnehmer verantwortlich sind. Man gebe den Arbeitern eine gute Schulbildung, feste Arbeitszeit, genügend Zeit zur Ausführung der Arbeit, freundliche Räume zum Aufenthalt während der Pausen, dann wird ein großer Teil der bis jetzt aufs Konto der Arbeitnehmer gesetzten Unfälle verschwinden.

Der Beamte der S.-G. d. W. e. s. d. o. t. s. c. h. e n. G. i. s. e n. b. u. s. g. e. n. o. s. s. o. f. a. s. t. k. e. n. g. e. l. n. e. t. das schlechteste, fahrlässige Verhalten der Arbeiter als eine unerträgliche Erscheinung und wir stimmen dem bei, soweit das tatsächlich zulässt. Der Beamte führt weiter aus, daß „ein großer Teil der Verantwortung auf die Meister, Vfusseher und Vorarbeiter zurückfällt, die selbst in Betrieben besonders strenger Unfallverhütungsbürokrat bei Beaufsichtigung und Erziehung der ihnen unterstehenden Verscherten oft von unverbesserlicher Pflichtvergessenheit sind. Das ist vollkommen zu. Die Vfusseher und Meister könnten manchen Unfall vermeiden, wenn sie ihren Pflichten nachkommen würden.“

Schließlich ist noch das Verhalten der Maschinenfabriken ernstlich zu rügen, die Maschinen ohne zweckmäßige Schutzvorrichtungen zum Verkauf bringen. Zur Bekämpfung dieses Uebelstandes sollten die Unternehmer bei Bestellung von Maschinen stets die Ausführung mit den vorgeschriebenen und notwendigen Schutzvorrichtungen verlangen. Erstrecklicherweise kommt in neuerer Zeit diese Frage besonders in Fluss. Die Konstrukteure beschäftigen sich ernstlich mit der Sache und bringen fortwährend bessere, vollkommene Schutzvorrichtungen auf den Markt. Der Fehler ist nur, daß die Unternehmer diese Verbesserungen nicht berücksichtigen, womit sie natürlich für die Arbeiter wertlos sind. Freiwillig entschließen sich eben die Unternehmer selbst zu solchen Ausgaben.

Wie in allen Fragen des Arbeiterschutzes, so ist auch beim Unfallschutz die Hauptfahne, daß die Arbeiter ihre Organisationen besser ausbauen, damit sie sich durch den Druck ihrer Organisationen bessere Schutzmaßnahmen erzielen und sich gegebenenfalls weigern können, die Arbeit zu verrichten, solange nicht der notwendige Schutz ihres Lebens und ihrer Gesundheit vorhanden ist.

## Uffordarbeit und Kalkulationswesen.

Aus Jena wird uns geschrieben:

In Nr. 48 der Metallarbeiter-Zeitung erschien ein Artikel mit obiger Überschrift. Der Verfasser (Nitsche) wies zum Schluß mit folgenden Sätzen auf die Verhältnisse der optischen Werkstätte von C. Biehl in Jena hin:

„In diesem Betrieb wendet man die Uffordarbeit an, wo es nur irgend möglich ist, und mit dem Erfolg, daß die Produktivität der Arbeiter ungeahnt Steigerung erfährt. Allerdings schreibt über den dortigen Arbeitern auch nicht das Damoklesschwert eines Lohnmaximums, über das hinaus sie nicht verdienen dürfen — wie dies in den meisten großen Betrieben üblich ist, und durch welche selbst vom Standpunkt der Unternehmer lächerliche Maßnahme viele und selbstverständlich die leistungsfähigsten Arbeiter direkt an der „vollen Entfaltung ihrer körperlichen und geistigen Fähigkeiten“ gehindert werden; — Lohnabzüge treten vielmehr erst dann ein, wenn die durch Kontrolle herabgedrückte Preislage des in Frage stehenden Arbeitsobjektes nicht mehr gestattet, den bisher dafür aufgewendeten Lohnanteil zu zahlen, worüber den Arbeitern aber Kontrolle und Preisbestimmungsrecht ausstehen.“

Diese Folgerungen, die nur das Ergebnis einer einseitigen Zeltfahne oder falscher Informationen sein können, entsprechen nicht ganz den Tatsachen. Deswegen soll an dieser Stelle versucht werden, die zum Teil falschen Ansichten Nitsches, sowie dieser anderen außerhalb des Betriebes der Firma C. Biehl stehender Kollegen zu widerlegen. Vor allem muß betont werden, daß die Arbeitsverhältnisse in dem Betriebe in Wirklichkeit keine so große Ausnahmesstellung gegenüber anderen Betrieben einnehmen, wie vielfach angenommen wird. Das Lohnverhältnis für Mechaniker und einiger anderer Berufe ist so, daß einzelne Abteilungen gewissermaßen als Lohnentzug bezeichnet werden können. Diese Tatsache wird noch dadurch erhärtet, daß die Arbeitervertretungen stets mit einer Anzahl von Beschwerden über Behandlung und Lohn sowie Uffordstreitigkeiten beschäftigt sind. Der soziale Frieden herrscht in diesem Betriebe keineswegs in dem Maße, wie es den außerhalb Stehenden erscheinen mag. Auch hier bestehen fortwährend Differenzen, die auf Lohn- und Uffordstreitigkeiten zurückzuführen sind.

Erst im vergangenen Jahre sah sich die Geschäftsführung veranlaßt, auf eine Eingabe der Arbeiterchaft und nach langem Verhandeln mit dem Arbeiterausschuß ein Lohnminimum herauszugeben. Das geschah zum Teil nur deshalb, weil die Zeitlohnsätze zum Teil noch unter dem ortsüblichen Tagelohn standen. Ein Zeichen dafür, wie niedrig die Löhne waren, ist, daß annähernd 250 Arbeitern der feste Zeitlohn erhöht wurde. Heute ist es Tatsache, daß diese niedrigen Löhne, die Minimallöhne sein sollten, Normallöhne sind. Diese niedrigen Löhne haben auch für die Uffordsätze ihre Bedeutung.

Wird bei einer Ufforddifferenz über den Preis, den der Meister feststellt — sehr oft aber auch dictiert —, trotz aller Einwendungen

mäßig groß, sowohl nach der Breite wie Tiefe, zu machen. Querbreite Lebassins seien aber meist unschön aus, während bei sehr steifen Behältern die Leuchtkraft der Lampe bekanntermassen abnimmt, sobald der Behälter nur noch wenig Brennstoff enthält, weil dann die Saugkraft bei dem naturgemäß recht langen Draht erheblich nachläßt. Bei den vorliegenden Lampen, die für Petroleum und Spiritus, sowohl als Tisch- wie als Hängelampen, gebaut werden, ist nun dadurch den genannten Uebelständen abgeholfen, daß der Brennstoffbehälter aus durch eine Luftsäumere von einander getrennten Teilen besteht, aus deren oberem verhältnismäßig flachen Teil die Lampe gespeist wird. Bei Tischlampen, die hier mit höchstem Metallfuß versehen sind, ist der untere Fuß zur Aufnahme von Brennstoff mit eingerichtet, während bei Hängelampen das Gefäß nach unten wesentlich verlängert ist und in seinem unteren Teil ebenfalls Brennstoff aufnimmt. Beide durch eine Luftsäumere räumlich voneinander getrennte Brennstoffkammern stehen durch ein Ueberlaufsrohr in der oberen Kammer und eine Röhre miteinander in Verbindung. Das Füllen beider Kammern geschieht durch eine in der oberen Kammer angebrachte Rückschraube; außer für sich beim Einfüllen des Brennstoffs die obere Kammer bis zur Mündung des Ueberlaufsrohrs, durch das dann der weiter eingesetzte Brennstoff in die untere Kammer abläuft, bis auch diese vollständig gefüllt ist. Ist nun beim Brennen der Lampe der Brennstoff aus dem oberen Behälter ausgesaugt, so genügen ein paar Stöße mit dem am oberen Behälter angebrachten Pumpenfuß, um den Brennstoff aus dem unteren Behälter in den oberen zu befördern und somit die Lampe in Tätigkeit zu erhalten, was ohne jede Gefahr bei heinem Brennrohr geschehen kann. Die Luftsäumere zwischen beiden Brennstoffbehältern dient zur ständigen Feuchtigung des Brennstoffs, da durch die angebrachten Düschnisse die ältere Luft fortwährend zwischen beiden Behältern aktiviert. Bei nicht allzu großen Brennrohren dürfte die Füllung einer „Daura“-Lampe für eine ganze Woche genügen, was sicher geprüft ist, die neuen Lampen, deren Leuchtkraft übrigens eine ganz vorzügliche ist, populär zu machen.

Zu den Vereinigten Staaten ist unter dem Namen „Monel“ ein neues Metall auf den Markt gekommen, dem man in der

der Zukunft eine Bedeutung zusieht, wenn das der Widerstand des Metall, die betreffende Arbeit in Betrieben ausgenutzt wird. Bei den niedrigen Uffordpreisen bedeutet das für den Arbeiter einen erheblichen Verdienstverlust. Dieser ist um so größer, je größer der Ufford, das heißt je mehr Arbeitszeit darauf verwendet werden muß. In solchen Fällen wird nun nicht etwa der Uffordpreis erhöht, sondern der Versuch mit einem anderen Arbeiter gemacht, und das Spiel wiederholt sich.

Was ist nun die Ursache solcher Vorgänge? Die Werkmeister der Firma C. Biehl sind zum Teil genau wie in allen anderen Betrieben unterteilt. Der eine mehr, der andere weniger. Eine Menge, die ihre Ausgabe besonders schwer nehmen und oftmals gegen den Sinn des Professors Abbe als Stütze handeln, kann man in Bezug auf Verdienstfragen und Behandlung direkt als Peiniger ihrer Untergebenen bezeichnen.

Obwohl der § 8 des Arbeitsvertrages von einer freien Vereinbarung bei Uffordarbeit spricht, entscheidet doch die Machstellung des Werkmeisters. Der § 8 des Arbeitsvertrages lautet:

„Alle Uffordarbeit und Stildarbeit steht unter freier Vereinbarung.“

Der vereinbarte Uffordpreis oder Stildlohn ist stets vor Beginn der Arbeit schriftlich festzustellen. — Hinzu kommt, daß welche Tarife bestehen, die den Beteiligten frei zugänglich sind, gelten mangels einer anderen schriftlichen Festlegung diese Tarife als Grundlage der Vereinbarung.

Obwohl der § 8 des Arbeitsvertrages von einer freien Vereinbarung bei Uffordarbeit spricht, entscheidet doch die Machstellung des Werkmeisters. Der § 8 des Arbeitsvertrages lautet:

„Alle Uffordarbeit und Stildarbeit steht unter freier Vereinbarung.“

Bei allen in Ufford oder auf Stildlohn übernommenen Arbeiten wird der Wochenlohn, in welchem der Betreffende steht, nach Verhältnis der aufgewandten Arbeitszeit als Mindestlohn zu gewährleisten.“

Es sollen an dieser Stelle auch einige Sätze aus den Auslegungen des Professors Abbe zum § 69 des Stiftungsstatuts (Lohngarantie bei Uffordarbeit) folgen. Es heißt da unter anderem:

„Die Bestimmung endlich, daß bei aller Ufford- und Stildarbeit der feste Zeitlohn bedingungslos als Mindestlohn zu gewährleisten sei, ist das einzige wirksame Mittel, um die Vergedung von Arbeiten in jener Lohnform, der ihr innerwohnende Tendenz zu entziehen, die Kräfte der Arbeiter zum einheitlichen Vorteil des Unternehmers ungebührlich anzuspannen. Die Preisbestimmung für Ufford- und Stildarbeit muß ihren festen Regulator haben in der Leistungsfähigkeit, die zu verlangen ist von jedem ordentlichen Arbeiter der betreffenden Arbeitsstellung bei demjenigen Maß von Fleiß und Anstrengung, welches ihm bei Zeitlohn als möglich ist, um zu erzielen werden kann. Was er durch besondere Geschicklichkeit oder durch besondere Anspannung seiner Kräfte mehr leistet, als unter den jeweils gegebenen Bedingungen der Arbeit bei Zeitlohn von jedem zu verlangen wäre, muß ihm als Mehrertrag bestehen, da der Unternehmer von seiner Mehrleistung schon genügenden Vorteil in der besseren Ausnutzung seiner Einrichtungen etc. hat. Nur mit solchem Regulator der Preisbestimmung wird die Stid- und Uffordarbeit zu einer für beide Seiten vorteilhaften Einrichtung, weil sie nun nicht mehr dazu führen kann, dem Arbeiter immer größere Leistung zu erfordern, bloß um überhaupt den jener Arbeitsstellung entsprechenden marktgängigen Lohn verdienen zu können.“

Würden diese Auslegungen des Professors Abbe zum Stiftungsstatut heute noch bestehen, so würde man das Arbeitsverhältnis bei der Firma Biehl als solches bezeichnen können, wie es in allgemeinen angenommen wird. Wie liegen aber die Dinge? Der feste Zeitlohn (Wochenlohn), der infolge verschiedener Wohlfahrtseinrichtungen ein sehr niedriger ist, bildet den Mindestlohdienst. Indem nun einige der Werkmeister in jedem Arbeiter noch eine größere zur Leistung gehaltene Reservekraft vermitten, werden die Preise recht niedrig angesetzt, denn die Höhe des Mehrertrages hängt von der Schätzung des Meisters ab. Hat der Arbeiter wirklich etwas verdient, dann kommt der Meister mit dem Einwand: die Arbeit sei in kürzerer Zeit herzustellen und — es wird abgezogen!

Dem Arbeiter bleibt in solchen Fällen nichts anderes übrig, als den Ufford zu verweigern und in Zeitlohn zu arbeiten, wenn ihm der Uffordpreis zu niedrig erscheint. Das nennt man nun freie Vereinbarung, weil der Arbeiter zu einem niedrigeren Uffordpreis nicht gezwungen werden kann, daß er dann das Recht hat, einen noch niedrigeren Lohn zu beanspruchen. Fürwahr, ein sonderbares freies Recht, zu dem die Not nur zwingt!

College Nitsche wird zugeben müssen, daß der § 69 des Stiftungsstatuts kein Hindernis für ein Lohnminimum ist, weil der Arbeiter der wirtschaftlich Schwächere ist und er obenrein durch Wohlfahrtseinrichtungen verschiedener Art im Widerstand und in der Gegenwart beeinträchtigt ist. Sind es doch die Wohlfahrtseinrichtungen, die auch so manchen Alteraten zu einer falschen Ansicht über das Arbeitsverhältnis bei der Firma C. Biehl verleiten.

gesamten Blechbearbeitung viel Beachtung schenkt. Die Komposition enthält (soh angegeben) 72 Prozent Nickel und 1½ Prozent Eisen, während der Rest Kupfer ist. Im Aussehen ist dieses Nickelblech etwa mit Zinkblech zu vergleichen. Die Zusammensetzung dieses Metalls scheint nur den Vorzug zu haben, daß das neue Blech Säure und anderen Zersetzungslösungen einen großen Widerstand entgegenstellt, daß es außerdem großen Zugwiderstand besitzt, sehr leistungsfähig und bislang ist mir nie leicht bearbeitet. Außerdem verhält es sich Temperaturänderungen gegenüber ähnlich wie Eisen, die Kontraktion und Expansion ist eine verhältnismäßig geringe. Der Nickelgehalt des Metalls gestattet, daraus die feinsten Arbeiten herzustellen und diese gegebenenfalls leicht zu polieren; das Blech ist etwas schwerer als Kupfer, aber mit scharfen Scheren geschnitten, hat es nicht die rauen Kanten (Grot), wie sie beim Eisen beim Zerschneiden eigentlich sind. Von besonderer Bedeutung soll das neue Metall unter anderem für die Bedäckung anstatt des Kupfersbleches sein, aber seine Verwendbarkeit ist selbstverständlich nicht hierauf beschränkt. Es werden diesmal schon alle möglichen Sachen daraus gefertigt, besonders Feinengenätheiten, Löffel und Gabeln und dergleichen, Teile von Automobilen, Schrauben u. s. w., im ganzen also lauter solche Teile, die sonst aus Messing hergestellt und vernickelt werden. Es läßt sich leicht glätten und besitzt im Grunde außergewöhnliche Eigenschaften, die geeignet sind, es ausreichend herzustellen in allen Industriezweigen auszuführen.

**Wellentelegraphische Ortsbestimmung** ist die Uffortfahrt. Das jüngste Gerät unserer Technik, die Uffortfahrt, wird allem Anschein nach in wenigen Jahren eine herrschende Stellung einnehmen und sich als ein weiteres Verkehrsmittel den bereits bestehenden würdig machen. Hierbei entsteht in erster Linie das Bedürfnis, den Fahrern der Ballons, Uffortfahrt erster Klasse die Mittel an Hand zu geben, sich jederzeit vertraut zu machen, wo sie sich befinden. Ähnlich den für die Seefahrt eingerichteten Leuchttürmen und Unterseeleuchten. Der Ingenieur Fritz Lüx in Ludwigshafen a. Rh. schlägt dafür ein System vor, das Beachtung verdient. Die Orientierung der Uffortfahrt soll nach diesem System durch die Wellentelegraphie in der

Welt durch Ausstrahlungen, die den Ufforten entstehen, wiedergeben sein, doch bei der Firma C. Biehl ein Rohrmazimum besteht. Die Geschäftsführung betrachtet es aber, doch es kommt nicht darum. Solange das Vorgehen der Meister in geschickter Weise gehandelt oder nicht verwirkt wird, sondern im Gegenteil noch Verstärkung findet, die Geschäftsführung über die Produktion legt, werden die Werkmeister nicht nur erwartet, niedrige Uffordpreise anzunehmen, sondern indirekt dazu angestochen, als Uffordpreise zu „regulieren“, das heißt zu füren. Direkt wird durch die Geschäftsführung eine Uffordreduzierung zwar nur dann verlangt, wenn ein gewisser Durchschnittsverdienst in einer Abteilung übersteigen ist. Also das Domotlesschwert des Abzuges schwächt über jeder Abteilung, deren Durchschnittsverdienst sich steigert. Gegenwärtig sollen wieder in einer Abteilung Abzüge stattfinden, und zwar 10 bis 15 Prozent. Das Lohnmaximum besteht daher in höchster Form und das Domotlesschwert droht jeden zu verleben, der es wagte, dem Uffordschreiber in Nr. 48 Blaubüro zu schenken, in so guter Absicht er vielleicht in seinem Artikel auf die Arbeitsverhältnisse bei der Firma C. Biehl hingewiesen haben mag.

Auch die Ansicht des Uffordschreibers über Mindestlohnsgesetz und die Kontrolle durch die Arbeiter bei etwaigen Abzügen ist nicht richtig. Die Firma C. Biehl ist in ihren Tendenzen genau ein so kapitalistisches Unternehmen wie alle anderen. Die Uffortverteilung wird wohl gehörig, man tritt in Verhandlungen ein und nimmt Beschwerden entgegen, aber die Entscheidung trifft die Geschäftsführung.

Es ist eben nicht alles Gold, was glänzt. Gelernt ist bisher nur immer das Glänzende des Arbeitsvertrages der Firma in der Öffentlichkeit diskutiert worden, und deswegen ist es Zeit, daß auch einmal diekehrseite der Medaille der Geschäftsführung zugedreht wird. Dieses haben die beteiligten Gewerkschaften am Ende bisher verfälscht in dem Glauben, daß der Geist des Professors Abbe in seinen Nachfolgern weiterleben sollte. Doch der Geist des Stifters schwimmt immer mehr und deshalb ist es Zeit, daß die beteiligten Gewerkschaften so manches Märchenbild über den Betrieb vor der Geschäftsführung entkräften.

Die gegenwärtigen Verhältnisse gestalten mehr denn je, vorbildlich zu urteilen. Das Statut der Stiftung wird nicht mehr vom Stift selbst ausgelegt. In Vorahnung dessen, daß das Stiftungsstatut später vielleicht in anderer Sinne ausgelagert werden könnte, erwähnte Professor Abbe die Arbeiter zur Organisation. Möge dieser Mahnruf überall Beachtung finden.

## Der Minimallohn im Tarifvertrag.

Der Artikel unter dieser Überschrift in Nr. 48 der Metallarbeiter-Zeitung, Seite 377, knüpft an ein Blatt aus einem Artikel „Tarifverträge und Wirtschaftseinrichtungen“ in Heft 44 des vorigen Jahrganges der Neuen Zeit an. Der Verfasser des Artikels in der Metallarbeiter-Zeitung bezeichnet die zitierten Ausführungen wohl als „durchaus richtig und unanfechtbar“ und meint weiter, sie drücken für jeden, der von den Tarifverträgen mit dem Minimallohn etwas versteht und die Praxis des Arbeitsverhältnisses kennt, nur etwas ganz Selbstverständliches aus. Trotzdem trifft den Verfasser des Artikels in der Neuen Zeit ein Ladel, weil er die Dinge nur erörtert habe, wie sie sind, und nicht aus den falschen Scheinen verhindert habe durch ausführlichere Schilderung des Minimallohnes im Tarifvertrag. Um so nötiger sei dies gewesen, als ja die Schafsmacher unter den Unternehmern in der bereigten Frage die Dinge mit Absicht anders scheinen lassen als sie sind.

Als Schreiber des fraglichen Artikels der Neuen Zeit möchte ich hierzu einige Bemerkungen machen. zunächst: Es war mir bekannt, daß die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung das Blatt aus dem Artikel der Neuen Zeit, das auch die Metallarbeiter-Zeitung in Nr. 48 wiedergab, brachte und dabei erklärte, die Unternehmer würden höchstens „ihre Taktik danach einzurichten wissen“. Da es ja notwendig ist, die Dinge auch anders schreiben zu lassen, wie sie sind und da es ferner notwendig ist, auch sichlich schiefen Darlegungen und Schlussfolgerungen entgegenzutreten, nahm ich mit vor, auf die Angelegenheit zurückzukommen. Die Polenit in der Neuen Zeit behandelte ja die Frage des Minimallohnes im Tarifvertrag nicht ausführlicher und es war meines Erachtens auch bei der zitierten Stelle an sich keine zwangsläufige Ursache, eingehender die Materie zu bearbeiten. Die Bemerkung des Berliner Schafsmacherblattes war aber ein genügender Anlaß dazu. Wenn es von mir bisher nicht geschah, so lag es in der Hauptfahne daran, daß die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung in der betreffenden Notiz (Nr. 39 vom 15. August 1908, 2. Blatt) zugleich erklärte, daß sie auf den „in mehrfacher Beziehung interessanten Inhalt“ des Artikels der Neuen Zeit an anderer Stelle zurückkommen werde, was aber meinest Wissen sätzlich nicht ist. Ich aber wußte darauf. Daß andere Schafsmacherblätter die Sache aufgegriffen und gegen die Arbeiter ausgenutzt haben, ist mir nicht bekannt geworden. In letzter Zeit war mir die Angelegenheit dann allerdings aus dem Gedächtnis gelommen.

Mun noch einige Worte zu dem Begriff Magtmallohn. Ich schreibe in der Neuen Zeit:

Weise erfolgen, daß ein Gebiet systematisch mit Sendestationen von wichtiger Reichweite besetzt wird, von denen jede Station selbstätig und in regelmäßigen Zeitintervallen ein ihr eigenständiges Zeichen aussendet, aus dem ihre geographische Lage zu erkennen ist. In den Uffortfahrzeugen ist ein einfacher Empfänger angewandt (Worferschreiber, Galvanoskop oder Telefon), durch den der Uffortfahrt auch bei Nacht und Nebel über Wetter und seine geographische Lage unterrichtet wird. Fritz Lüx hält zum Beispiel ein Netz von etwa 90 solcher Stationen zur Orientierung in ganz Deutschland für ausreichend, wobei die Stationen und die Landesgrenzen so dicht besetzt sein würden, daß kein Uffortfahrt sie ungewarnt überschreiten könnte. Die einzelnen Poststellen auf Elektrizitätswegen untergebrachten Stationen würden, ähnlich wie dies bei Telegrafenstationen der Fall ist, durch zwei höchstens drei Buchstaben gekennzeichnet werden, für die man selbstverständlich die gleiche Wellenlänge wählen möchte, wie sie von der staatlichen Telegraphie noch nicht benutzt wird, auf die die Empfänger in den Uffortfahrzeugen abgestimmt sein würden. Die einzelnen Stationen würden dann ihre Zeichen ähnlich dem Uffortfeuer der Leuchttürme in angenommenen Zeitintervallen in den Raum hinaussenden. Die Zeiträume, in denen diese Zeichen aufzugeben sind, ließen sich durch bestimmten, daß sie nicht gleichzeitig zusammenfallen, so daß die Uffortfahrzeuge wohl nur in den auseinander fallenden Zeichen die Zeichen nicht entziffern können. Und würde das Gelände der in nächster Nähe des betreffenden Uffortfahrzeuges befindlichen Stationen durch Uffortfahrt verneinbar sein, wodurch bei einer Uffortfahrt instande sein würden, den gesteuerten Kurs exakt genau festzustellen. Die Kosten der für die Uffortfahrzeuge hierzu erforderlichen, etwa 3 Kilogramm wiegenden Apparate schätzt Lüx auf etwa 100 bis 150 M. pro Apparat, die des Apparates einer Sendestation auf etwa 1000 M. so daß die stationären Anlagen für ganz Deutschland bei 100 Stationen nur einen Kostenaufwand von 100 000 M. erfordern würden. Die Betriebskosten für die gesamten Anlagen würden auf etwa 30 000 M. jährlich zu veranschlagen sein, also kaum mehr, als was ein einziger Leuchtturm jährlich kostet.

Der einzelne Arbeiter ist nicht an dem Tarifabschluß in seinem Betrieb gebunden, er kann einen höheren Tariflohn fordern und wenn er ihn nicht bekommt, die Firma kündigen und seine Arbeitszeit länger zu verlaufen lassen, 1.000 % ist das g. Ich hätte vielleicht, um falsche Schlußfolgerungen vorzubeugen, das Wort Maximum in Klammern setzen oder schreiben können, daß der einzelne Arbeiter nicht an dem vom Unternehmen als Maximum angegebenen Tarifabschluß gebunden wäre; aber ob dies die Schriftmacher verhindert hätte, ihre Debütationen zu machen, muß höchstwahrscheinlich bleiben. Wenn ich in dem Blatt das Wort „Maximum“ bräuchte, so veranlaßte mich dazu das Bestreben des Unternehmers, den Minimalklohn des Tarifvertrages in der Praxis aufgehoben zum Maximallohn zu machen. Bei neueren Tarifabschlüssen befindet sind die Unternehmer öfter bestrebt, dies auch formal durch den Wortlaut des Verträge festzuhalten, zwar nicht direkt durch Einschränkung des Wortes, sondern durch Bestimmungen, die das Selbstverständliche in der Praxis des Arbeitsverhältnisses bewirken sollen. Nach meinem Erachten hat die Klausel vom „tückigen Arbeiter“, dem der Tariflohn zusteht, keinen anderen Zweck, als beim Tariflohn die Grenze nach unten offen zu lassen und den Minimalklohn zu wandeln. Auch durch die Staffelung nach dem Alter der Arbeiter wird dem Tariflohn von dem Unternehmer oftmals die Eigenschaft als Maximallohn unterstellt. Es kann aber auch bei der Klausel vom „tückigen“ Arbeiter oder bei der Staffelung nach dem Alter durchaus keine Rübe davon sein, den höchsten Tariflohn als Maximum zu betrachten, berart, daß es dem Arbeiter unter der Wirkung des Tarifvertrages verwehrt sein soll, als Einzelner einen höheren Lohn zu beanspruchen, wie ihn der Tarif als höchsten Salz festlegt, wenn der Arbeiter seine Arbeitsleistung über den Höchstlohn des Tarifes schlägt und — notabene — Unternehmer findet, die der gleichen Ansicht über den Wert der Arbeitskraft des betreffenden Arbeiters sind. Dies letztere ist doch in der Praxis allemal Voraussetzung. Der Arbeiter braucht ja auch in der Praxis „seinem Arbeitgeber“ gar nicht zu ersparen, wo er in der Arbeit wechselt, wenn der Arbeiter einen höheren als den Tariflohn bei einem anderen Unternehmen erhalten kann, er kann es aber auch ebensogut mit Zug und Recht ersparen, wenn er es für angebracht findet. Der Unternehmer hat nicht das mindeste Recht, dies als Tarifbruch zu bezeichnen, andernfalls müßte ja den Arbeitern die Freiheit völlig genommen sein oder sie wären gezwungen, ihre Arbeitskraft unter dem Preis zu vermitten. Das die Scharfmacherblätter mit Schlag der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung dies dem Arbeiter zumuten, ist noch lange kein Grund, darauf einzugehen. Und in diesem Punkt sind allerdings nach meiner Ansicht die Arbeiter beim Tarifvertrag gegenüber den Unternehmern im Vorteil. Ob man dieses „Selbstverständliche“ nicht sagen soll, ist Sache des Meinungsstreites; jedenfalls wird durch die „Selbstverständlichkeit“ die Tatsache nicht aus der Welt geschafft, daß die Unternehmer bestrebt sind, den Minimalklohn des Tarifvertrages zum Maximallohn zu machen.

Was der Artikel der Metallarbeiter-Zeitung an dem Aussatz in der Neuen Zeit bestimmt hat, ist dann ja im übrigen in Nr. 48 der Metallarbeiter-Zeitung ausgiebig nachgeholt worden und es besteht für mich kein Anlaß, auf die treffenden Ausführungen weiter einzugehen.  
Willy. Gause.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

### Bekanntmachung.

Um Sitzungen zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 26. Dezember der 1. Wochenbeitrag für die Zeit vom 26. Dez. 1909 bis 1. Jan. 1910 fällig ist.

Bei Ausstellung der zweiten und dritten Mitgliedsbücher ist ein besonderes Augenmerk auf die Eintragung der beitragsfreien Märkte zu richten. Es ist nicht nur die Gesamtzahl der schwarzen Märkte einzutragen, sondern die in den letzten 72 Wochen gefliesten Märkte sind deutlich aufzuführen, daß ersichtlich ist, zu welchen Zeiten welche Märkte gefliest worden sind.

Die Ortsverwaltungen werden darum aufmerksam gemacht, daß zu regelmäßigen Versammlungen anzuzeigen im Verbundesorgan immer nur die vom Auftrag geleisteten Formulare zu benutzen sind. Die Formulare sind nach den ausgebundenen Anweisungen auszureichen. Besonders ist dies nicht, so kann die Redaktion nicht dafür verantwortlich gemacht werden, wenn die Anzeigen nicht nach den Vorschriften der Aufgabe ausgefüllt.

Bei der Ausstellung der Arbeitslosenstatistik ist zu beachten, daß der letzte Stichtag im vierten Quartal vom Kalenderjahr Statistiken erst verlegt werden ist. Als Stichtag sollte der 25. Dezember gelten. Das Rücksicht auf das Weihnachtsfest und darum, daß bis zum Schluß des Berichtsjahrs noch fünf Arbeitstage vorhanden sind, ist erklärt worden, daß als Stichtag nicht der 25. Dezember, sondern der 1. Januar 1910 gelten soll.

Die Erhebung der Erträgebeiträge wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatutes gestaltet:

der Verwaltungsrat behält 5% pro Woche v. 1. Jan. 1910 an,  
= = Überste 5% = = 1. = 1910 =  
= = Rosenheim = = = 1. = 1910 =  
= = Ende = = = 1. = 1910 =

Die Rücksichtnahme dieser Erträgebeiträge hat Entlastung statutarischer Rechte zur Folge.

Abgeschlossen wird nach § 22 des Statutes:

Auf Antrag der Betriebsleitung ist in Boppard:  
Der Schneider Gustav Scheidt, geb. am 2. September 1883 zu Magdeburg, Lit. A. Bank-Nr. 355581, wegen unzureichendem Gehaltes.

Auf Antrag der Betriebsleitung ist in Bielefeld:

Der Schmied Franz Stark, geb. am 4. August 1889 zu Elbing, Lit. A. Bank-Nr. 312796, wegen Schwäche der Betriebsleistung.

Auf Antrag der Betriebsleitung ist in Siegen:  
Der Schmied Otto Häfner, geb. am 12. Februar 1861 zu Eppstein, Lit. A. Bank-Nr. 284571, wegen unzureichendem Gehaltes.

Auf Antrag der Betriebsleitung ist in Goslar:

Der Schmied ... ... ... geb. am 27. Oktober 1877 zu ... ... ... , Bank-Nr. 459017, wegen Schwäche des Betriebes.

Wie für den Betrieb bestimmten Gehaltsziffern sind nur an

zwei Betrieben, Stuttgart, Münster, Münsterstrasse 16a

richtig; auf dem Postamtsschild ist genau zu bemerken, wofür das Geld verwendet ist. Mit vollgelaufenem Gehaltszettel

## Sur Beachtung! • Zugang ist fernzuhalten:

von Dresdner nach Mannheim (Automobilfabrik G. Kuppe) D.; von Hellenhaufern und Görlitz nach Chemnitz, Hellenhaufern (F. G. Schmidt's Witwe, D.; nach Christiania (Norwegen) D.; nach Werbau (Fa. Vienna Erdölöl) D.; nach Bernau, Eisenacher Arbeiterschaft und Kremmener nach Cannstatt (Fa. Klemann & Sohne) D.; nach Gens (Schweiz) D.; nach Gründlitz (Mgl. & Schröder) D.; nach Haltingen (Eisenacher und Görlitzer Eisenbahngesellschaft) D.; nach Saar (Frankreich), Société Westinghouse Et.; nach Mannheim siehe C.; nach München (Waddach (Frenzen & Vogel) D.; nach Neubrandenburg (Eisenwerk) D.; nach Goldschläger nach Dresden; nach Schwabach;

von Maschinenfabrik nach Halle a. S. (G. Krebs, Schreibmasch.-Fabrik) D.;

von Metallarbeiter aus Branchen nach Bonn (Bonner Maschinenfabrik vormal. Wittenbergs & Co.) D.; nach Erfurt (Salva bei Budapest (Ungar. Waffen- und Maschinenfabrik) D.; nach Wittenberg (Gebr. Mühlstädt, elektr. techn. Fabrik) D.; nach Dagen i. Westf. (Hirzen Buschhaus & Plate und Lang & Co.) D.; nach Nürnberg i. Br. (Union, Eisener, Maschinenfabrik, Kessel, Kessel u. Automotivbau) D.; nach Krefeld (Krefelder Stahlwerke, Abteil. Walzwerk) D.; nach Potsdam (Schles. Feuerwärmergerätefabrik Gebr. Kießlich) Et.; nach Salzgitter (Fa. G. & Kleinloß, Landwirtschaftliche Maschinenfabrik) D.; nach Sindelfingen (Fa. Dierlam, Wohrmachinenfabrik); von Metallarbeiter nach Gundern, Kreis Arnsberg (Fa. A. Brumberg) D.; von Metallschlägern nach Berlin, Str.

(Die mit U. und Et. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, die überhaupt zu unterscheiden sind; u. Et. heißt: Streit in Aussicht; U.: Lohn- oder Tarifbewegung; U.: Aussperrung; D.: Differenzierung; M.: Magazinierung; M.: Wissende; R.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; G.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Verhängung von Sperrungen müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungsstelle begründigt sein.

Vor Arbeitseinkommen in Orten, wo keine der obigen Anträge in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Diese Anträge sind von der Verwaltungsstelle, der das Mitglied angehört, abzustimmen zu lassen. Anträge über Orte, wo keine Verwaltungsstelle besteht, wolle man an den Vorstand richten. Das gleiche gilt für alle, die die an ihrem bisherigen Arbeitsort ihre Stelle wechseln.

## Korrespondenzen.

### Former.

Hannover-Linden. Die Verdienstverhältnisse der hiesigen Gießereiarbeiter im Monat August d. J. und Situationsbericht aus den hiesigen Gießereien, das war das Thema einer gutbeuchten Branchenversammlung der Formar und Gießereiarbeiter am 5. Dezember. Als die Krise anfangs 1908 auch hier einsetzte, beschlossen die Kollegen, statistische Aufnahmen zu machen, um die Wirkung der Krise auf die Gießereiarbeiterchaft zahlenmäßig festzuhalten. Dieser Versammlung lag die dritte Aufnahme vor, und zwar für den Monat August 1909. Doremen waren die Verdienste in den Monaten August 1908 und Februar 1909 festgestellt worden. Diese Aufnahmen mögen deshalb Anspruch auf Genauigkeit und Sachlichkeit, da sie an der Hand der Lohnbücher und Gehaltsbücher von jedem einzelnen Arbeiter erfolgten. Erstaunlicherweise ist ja konstatiert, daß ein reges Interesse für darüberige Statistiken bei unserer Kollegenhaft vorhanden ist, denn die Aufnahmen wurden in sämtlichen 22 Gießereien glatt vollzogen, ja in mehreren Betrieben setzen die Kollegen diese Aufnahmen laufend fort. Über das Ergebnis an dieser Stelle zu berichten, hieße über das Ziel hinauszutreten, die Verwaltung wird aber die bearbeitete Zusammenstellung (aus Wunsch der Verhandlung) den Vertrauensleuten gedruckt einhändig. Mit Aufmerksamkeit wurde auch der zweite Punkt der Tagesordnung: „Situationsbericht über die Arbeitsverhältnisse in den hiesigen Gießereien“ aufgenommen. Diese Art von Berichterstattung wurde vor circa zwei Jahren beschlossen, sie erfreut sich bei den Kollegen großer Beliebtheit. Die Berichte (vierteljährlich gegeben) sollen ein möglichst getreues Bild von den Verhältnissen der Gießereien in bezug auf Konjunktur, Entlassungen, Neuannahmen, Abzüge und sonstige Veränderungen geben. Es liegt nicht nur im Interesse der Organisation, sondern auch in dem jedes einzelnen Kollegen, von dem Stand der Dinge auch in anderen Gießereien unterrichtet zu sein, was ihm sonst nicht möglich ist. Schön mancher hat sich darüber vor Schaden bewahrt oder konnte ausgesprochenen Falschen entgegentreten. Auch fördert dies die Solidarität unter der Arbeiterchaft. Wie sehr die Kollegen diese Orientierung zu schätzen wissen, zeigt die jedesmalige lebhafte Diskussion. Wohl des bemerkenswertesten an dem Bericht war die wenn auch langsame Aufwärtsbewegung der Konjunktur in den meisten Gießereien, abgesehen von den traurigen Verhältnissen in der „Hammerboden Gießerei“ Wiesbaden, wo der Belegschaftsgrad seit fast zwei Jahren rückläufig ist. Über der „Clou“ dieser Versammlung war die Notiz in Nr. 48 der Metallarbeiter-Zeitung: „Formarbeiter und Spießel“! Das ist über ein solches Geboren des Formarbeiterverbands eine Erregung unter den Kollegen gefunden worden, ist leicht zu verstehen; sitzt doch hier das Präsident des Formarbeiterverbands, ging doch dessen Gründung von hier aus. Die Verantwaltung, die von der hiesigen Formar nicht längst gegeben wurde, wird durch das Präsidenten bestätigt. Schön vor mehreren Jahren beobachteten die hiesigen Kollegen, durch eine Zusammenkunft der Meister herauszutreten, weit mehrere Formar, obwohl Einzelheiten erfolgten, obwohl keine Arbeit erschien. Aus verschiedenen Gründen ist dies damals unerlässlich gewesen. Die Kollegen gegenüber prüften die Meister es ab, daß die Formar etwas denartiges nie. Ihr Verein bestreute lediglich die Gehalts des Standes der Formarbeiter, alles andere liege ihnen fern. Und jetzt bieten sich die Herren bei den Unternehmern direkt an, Epiteldienste zu leisten. Die Verstärkung des Zusammenwirkens geschehen wir ihnen ganz zu, und doch die Formarbeiter in Ansehung der Sabotage mehr zu reinen Arbeitern herabgedrückt werden. Ob über ihr neuerer Zustand angekommen ist, ihre Lage zu verbessern, ist jetzt zu beobachten. Die Herren wissen doch zur Genüge, wie die Arbeitsverhältnisse, die Arbeitswichtigkeiten der Metallarbeiterinnen ihre Schwäche hier aus. Die Verantwaltung, die wir irgendwie möglichst gewährt haben (nach Herrn H. H. G. die nötigen, förmlichen Elemente), erhält dennoch den Nachweis, selber Arbeit entziehen zu müssen, selbst wenn sie Qualität haben, oder sie weigern ihr Handwerk an den Regel hängen. Da müssen glauben also die Herren Formarbeiter noch einiges tun zu müssen und sie wiederholen das durch ihre Anprüfung. Schone und kräftige Worte füllen so dieser Handlungswelt, hat doch ein Teil dieser Herren sicherlich uns uns als bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen gewünscht. Jetzt aber müssen sie in höheren Regionen und alles ist vergessen. Angefüllt dieser wahren Zwecke und Ziele des Formarbeiterverbands gehörten sich die Kollegen, die Augen offen zu halten, gegen alle Spaltungsbemühungen vorzugehen. Weil dann einige Kollegen als „Heiter“ bezeichnet werden müssten, würde auch dieser Heiter sie gegen die Gießereiarbeiter ein Stich ins Wasser jagen.

### Glempner.

Bremen. Am 8. Dezember tagte im Gewerkschaftshaus eine Gewerkschaftsversammlung der Glempner. Kollegie H. Schle. sprach über die in dieser Jahres veranstaltete finanzielle Erhebung der Glempnergewerbe beauftragten Personen. Der Redner führt aus: In der Statistik haben wir 70 Betriebe der Glempner befreit. Die Statistik erfasst nun auf 74 Betriebe und 11 Betriebe zusammen am 95 Betriebe, in denen 227 Gehaltsziffern, 62 Gehaltsziffern und 109 Verhältnisse beschäftigt waren. Von 227 Gehaltsziffern waren 109 verhältnisse, diese hatten zusammen 224 Kinder; 118 Gehaltsziffern waren ledigen Standes. Die Familienstärke betrifft bei den verhältnissen Glempner 2—10 Kinder. Von den 227 Gehaltsziffern waren 188 bei Glempner und 33 in größeren Betrieben beschäftigt. Von den 188 bei Glempner beschäftigten Arbeitern waren 28 bis 19 Jahre, 68 von 19—23 Jahre und 92 über 23 Jahre, und zwar die zu 64 Jahren alt. Über 60 Jahre waren allerdings nur wenige. Die Stundenlöhne sind sehr verschieden. Die verhältnisse Glempner werden überall bezahlt. Nach Beendigung der Arbeit wird von 42 bis 45 h, bis zum 22. Lebensjahr wird von 61 bis 65 h und bei einem Alter von über 25 Jahren wird von 61 bis 68 h pro Stunde bezahlt. 65 h und darüber bezahlt nur 9 Meister, während 62 bis 68 1/2 h bei 21 Meistern, wie festgestellt, bezahlt wird. Der Durchschnittslohn für ältere Gehaltsziffern betrifft 68 h pro Stunde. Während bei den Glempner ausdrücklich in Stundenlohn gearbeitet wird, wird in den größeren Betrieben meistens in Werklohn gearbeitet. Die Stundenlöhne sind im allgemeinen in Großbetrieben niedriger, sie schwanken von 40 bis 55 h pro Stunde. Durch Altvordarbahn wurde der Verdienst bis zu 88 Prozent über den Stundenlohn erhöht, so daß der Lohn zwischen 52 und 67 h pro Stunde schwankte. Die Arbeitszeit ist im Glempnergewerbe seit Jahren durch Vertrag mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband auf 9 Stunden festgelegt. Nur in einigen Großbetrieben, wie die Aktiengesellschaft Weser u. s. w., wird noch 9 1/2 Stunden gearbeitet. Nebenstunden und Sonntagsarbeit sind im Glempnergewerbe ganz selten, sind sie in dringenden Fällen nicht zu vermeiden, so wird dafür das tarifliche Minimum von 88 und 90 Prozent mehr bezahlt. Die Arbeitslosigkeit war im Glempnergewerbe in diesem Jahre sehr groß. Das Wort, das oft der satte Spießer prägt: Wer arbeitet will, findet immer Arbeit, haut hier vollständig daneben. Trotzdem im Oktober noch Hochlohnjunktur sein sollte, waren 6 Prozent der Gehaltsziffern längere Zeit arbeitslos, zusammen 424 Tage. Von denen, die am Tage der statistischen Aufnahme in Arbeit standen, waren im Laufe des Jahres 67 oder 30 Prozent arbeitslos mit zusammen 2228 Tagen, das sind im Durchschnitt auf den Beteiligten 42 Tage. Einzelne waren bis zu 22 Wochen arbeitslos. Rechnen wir nur einen Verlust von 5 % pro Tag, so ist dies ein Verlust von 14 140 M. Welche Fälle von Rot und Entbehrung steht schon in diesen paar Tagen. Solche Entbehrungen bringen ohne Zweifel auch andere Folgen, wie Krankheit u. s. w. mit sich. Von den Glempnergehilfen waren im Jahre 1909: 97 mit 1037 Tagen, durchschnittlich 28 Tage, krank. Die meisten Krankheiten waren Bronchial- und Lungenerkrankungen, Lungentuberkulose, Magen-, Darm- und Herzkrankheit. Außerdem Fuß- und Handverletzung, die der Beruf oft mit sich bringt. Einzelne Krankheiten dauerten bis zu 14 Wochen. Arbeitslosigkeit und Krankheit treten in den Kleinstbetrieben viel stärker als in den Großbetrieben her vor. Wir haben Kleinstmeister, bei denen die Gehalts 5-, 6 mal und noch öfter im Jahre wechseln, weil die Arbeit wieder zu Ende ist. Etwas stabiler ist die Kundenarbeitsarbeit. Selbst wenn der betreffende Gehilfe immer nur einige Tage kummeln muss, so wirkt eine solche Erholung ungünstig auf den Gemütszustand. Wenn, wie im Jahre 1909, monatlich, ja monatlang gefiebert werden muss, dann ist es erschrecklich, daß nicht nur Unterernährung eintritt, sondern daß auch das Familieneleben stark erschüttert wird. Aus diesem Grunde kann man verstehen, daß mancher brave Kollege zum Altkloß greift und einen großen Teil seiner freien Zeit anstatt in Versammlungen oder in der Bibliothek, im Bierlokal oder gar in der Schnapsdestille zu verbringt. Würde der Bevölkerung der Erwerbsverhältnisse würde manches Lebel von selbst verschwinden. Hinzu kommt noch, daß sich die Erhebung auf die besten Monate des Jahres bezieht, der Winter mit seinen schlimmen Folgen im Glempnergewerbe steht noch bevor. Auch mit der gesicherten Erholung bis ins hohe Alter steht es im Glempnergewerbe verdammtd faul aus. Verschiedene im Kampf ums Leben ergrauten Gehilfen klopfen seit längerer Zeit vergebens an die Türen der Meister um Arbeit an. Einige Wochen im Jahre haben sie Beschäftigung, dann liegen sie wieder auf der Straße und geliegen nach, wie lange wohl die wunderbaren Verhältnisse der heutigen kapitalistischen Gesellschaft noch andauern. Trotz dieser mißlichen Verhältnisse ist die geistige Regsamkeit nicht gerade die beste. Ein Teil der Gehaltsziffern ließ außer dem Fachorgan keine Tagespresse, ein anderer Teil sieht noch die bürgerliche Presse, nur meist ältere Gehaltsziffern lesen die Arbeiterpresse. Erfreulich ist, daß auch die jüngeren Kollegen den sogenannten Klimbimbereichen nicht mehr in Scharen nachlaufen, sondern sich meist in Bildungsvereinen, Gesangsvereinen, Turn- und Radfahrvereinen betätigen. Die hygienischen Einrichtungen sind nicht gerade die besten. Über mangelhafte Schutzvorschriften und Ventilation wird öfter gesagt. Platz für Garderobe und Waschraum ist in den meisten Werkstätten vorhanden. Die Behandlung dieser Klage vor dem hiesigen Schöffengericht war der 30. November bestimmt. Da die Behandlung an diesem Tage nicht zu Ende geführt werden konnte, erfolgte die Fortsetzung am 3. Dezember. Von beiden Parteien waren zahlreiche Zeugen geladen, zusammen zirka 30. Von den Klägern waren Karl Rieger und G. Schmid mit dem Rechtsanwalt Dr. Maher aus Elbwangen erschienen, der Angeklagte Scherm mit Dr. Schweizer aus Stuttgart. — Die der Klage zugrunde liegende Korrespondenz lautet: „Aalen. In den Aalen ist der Aalente in herrlichen Zustände, die zu einer Kritik herausfordern. Reduzierungen der Löhne bis zu 50 Prozent gehören dort nicht zu den Seltenheiten. Heinrich Rieger und seine Söhne verfehlen so ihr Geschäft vorzutragen. Man sollte meinen, daß ein Gastrulant, der vor nicht so langer Zeit selber noch am Schraubstock stand, für die Wünsche seiner Arbeiter etwas zugänglicher wäre, als dies der Fall ist. Auf eine seine Art versteht es der Werkführer Schmid, dem einen Arbeiter den Lohn zu drücken und dem anderen mehr anzuholen zu lassen, als er in Wirklichkeit verdient hat. Gewisse Elemente stehen in besonderer Gunst bei ihm. Warum wohl? Welche besonderen Gründe das hat, darüber sind wir genau informiert. Für Meisterzünften erhalten die betreffenden Arbeiter 1. Zuflüsse, der aber nicht in der Lohnliste geführt wird, sondern kommt aus dieser Liste direkt ausbezahlt. Nun ist es schon vor gekommen, daß die Werk nicht jedem ausbezahlt wurde, sondern daß dafür Stunden vertreten werden mussten. Schmid treibt auch einen schwungvollen Handel mit Bildern, Wäscherei und Schreibzeugen. Bei seinem Bedarf nicht bei ihm steht, hat es zu holen. Auch einen Arbeitsnachweis soll Schmid besitzen und schon verschiedene Schmiede für einen Schmiedemeister in Schmid. Gmünd aus den Altwerken zu vermittelnden versucht haben. Ferner werden ihr Belästigungen der Arbeitserinnerung vorgenommen, deswegen verklagte er vorzeitig einen ausbreitenden Schmied wegen Bekleidung, zog aber drei Tage vor der Hauptverhandlung seinen Strafantrag ohne Vergleich zurück. Was war denn da auszuschlagen? Ein gewisser St. treibt Gestaltungsschärferei unter den Arbeitern. Wir raten ihm, dieses saubere Handwerk aufzugeben, denn der größte Schmied im Land ist der Daimler. Das Strafsystem in diesem Betrieb ist besser ausgebaut als irgendwo. Drehern, die aus Unachtsamkeit einen Schieber.

aus: In der Statistik haben wir 70 Betriebe der Glempner befreit. Die Statistik erfasst nun auf 74 Betriebe und 11 Betriebe zusammen am 95 Betriebe, in denen 227 Gehaltsziffern, 62 Gehaltsziffern und 109 Verhältnisse beschäftigt waren

wiederum, machen 2,50 M abzogen. Ein Geiste, die einen kleinen Fehler aufweist, wird der Firma bedient (ist bis zu 50 Prozent) und das Stück wird dennoch verändert. Ein Stück wurde dem Firma ganz abgezogen, jedoch nicht aus der Schlosser entstehen, und das Blöcken wurde es dem Firma noch einmal abgezogen. Seiner Firma kommen in 14 Tagen nicht auf 40 A, einige gehen sogar nur mit 20 A nach Hause. Es wäre Aufgabe der Gewerbebehörde, einmal nachzusehen, wo eigentlich die Strafgelder hinstehen. Die Behandlung der Arbeiter durch Rieger und seine Söhne wurde durch den Meister sehr sehr viel zu wünschen übrig. Karl Rieger, der wegen eines Sturzes vom Dampfseil an einem Altvorstehtod gestorben ist, verhinderte diesen „Mord“ als Rücktritt für Jugendliche und auch für ältere Arbeiter. Es hat dann den Anschein, als ob K. Rieger den Tod nur zu diesem Zweck heraufbeschleppt. Die Gehrlingsabschöter steht auch in vollster Übereinstimmung. Die Ausbildung dieser armen Geschöpfe kann aber keine sachgemäße sein, da auf einen gelernten Arbeiter mindestens 5 Gehrlinge kommen. Gelegentlich einer Untersuchung, die Kollege Lauterbach mit Heinrich Rieger hatte, meinte dieser, er brauche keine gelernten Arbeiter, ihm genügten Bauern. Karl Rieger bringt es sogar fertig, die Gehrlinge als katholische Dummkopfe zu illustrieren. Mit den sanitären Einrichtungen steht es ebenfalls sehr krautig aus. Für beide Wecke ist nur ein Verbundkasten vorhanden und in diesem schlägt die Verbundplatte. Die Schutzvorrichtungen entsprechen nicht den Vorschriften. Es sind 5 Bohrmaschinen im Betrieb, die automatische Auslösungsvorrichtung besitzen; diese können jedoch nur erreicht werden, wenn der die Maschine bedienende Arbeiter sich auf den Tisch der Bohrmaschine stellt. Hat nun der Arbeiter einmal das Pech, von einem Frässpinsel erfaßt zu werden, was schon öfter vorkam, und sein Nebenkollege sieht es nicht gleich, so kann das gräßliche Unglück geschehen. Ein jugendlicher Arbeiter, der an einer Bohrmaschine beschäftigt war, mußte sich auf eine Klinke stützen, um die Maschine auszulösen zu können. Er wurde von einer vorstehenden Schraube erfaßt, durch den Ständer der Maschine gezogen, so daß ihm die Klinke vom Körper geschnitten werden mußten, damit er wieder loskommt. Anstatt diesen Menschen in seine Wohnung zu bringen, ließ man ihn allein gehen. Er war noch nicht 500 Meter von der Fabrik entfernt, als er schon bewußtlos zusammenbrach und wurde zwei Stunden an der Stelle liegenbleiben, bis ihn ein des Weges kommender Zugwagen aus Mittelhof aufnahm und in seine zwei Stunden entfernte Wohnung verbrachte. Die Firma aber hat 7 Pferde im Stalle stehen! Der junge Mensch war noch keine 14 Jahre alt und wurde dennoch den ganzen Tag beschäftigt. Die Ventilationseinrichtungen sind nur höchstens, die Rohre liegen so voll Staub und Schmutz, daß kein Luftzug hindurch kann. Den dort beschäftigten Kollegen rufen wir zur Aufschlüsselung eurer Organisation, dem Deutschen Metallarbeiterverband an, nur dann können diese Zustände beseitigt werden. Ihr werdet dann als Menschen und nicht mehr als ein auszudeinender Gegenstand behandelt werden.“ — Nach Verlehung des Gründungsbeschlusses und der vorstehenden Korrespondenz erklärte der Angeklagte auf Befragung des Vorsitzenden, daß er die Verantwortung für den Artikel übernehme und den Wahrheitsbeweis dafür antrete. Eine beleidigende Absicht habe ihm bei der Aufnahme des Artikels, dessen Inhalt ihm als wohl verbürgt worden sei, ferngelegen, ihm sei es nur darum zu tun gewesen, die Interessen der Metallarbeiter, wie es seine Pflicht sei, zu wahren. Der Artikel sei auch möglich gehalten, denn ihm sei versichert worden, daß die Verhältnisse im Riegerischen Betrieb noch schlimmer seien, als sie in der Zeitung geschildert wurden. Es sei darin nur an einer Stelle ein Irrtum unterlaufen: nicht einem Dreher seien 3,50 M für einen gebrochenen Bohrer im Abzug gebracht worden, sondern dem Formierer, der das betreffende Gußstück, das der Dreher bearbeitete, hergestellt hatte. Der Riegerische Vertreter Dr. Mayer verlangte hierbei schon von dem Angeklagten Auskunft darüber, was mit der Stelle gemeint sei: „Es wäre Aufgabe der Gewerbeinspektion, einmal nachzusehen, wo eigentlich die Strafgelder hinstehen.“ Damit sei der Firma eigentlich eine Unterschlagung der Strafgelder vorgeworfen. Der Angeklagte befürtete diese Unterstellung, die Stelle solle nichts weiter bejagen, als daß bisher kein Arbeiter wisse, was mit den Strafgeldern geschiehe; es komme auch darauf an, ob sie in richtiger Weise verwendet würden. Es seien ihm erst heute wieder darüber von einer Witwe Mitteilungen gemacht worden, wonach ein Zweifel an der richtigen Verwendung der Gelder bestmöglich ertheilt. Hätte er übrigens gesagt, daß man dem Sache eine solche Auslegung geben würde wie Dr. Mayer, so würde er ihn gestrichen haben. Karl Rieger bemerkte, daß es sich bei der vom Angeklagten erwähnten Witwe gewiß um eine Frau W. handle. Diese habe aber keine Ursache und kein Recht zur Beschwerde, denn diese habe von der Firma sehr viel Unterstützung erhalten. Von der Klagspartei wurde im Anschluß daran auch gleich bestritten, daß überhaupt Lohnabfälle bis zu 50 Prozent vorgekommen seien. Vom Angeklagten wurde darauf konstatiert, daß tatsächlich bei einem Gegenstand ein Abzug von 50 auf 25 A erfolgt sei. Ein später vernommenen Zeuge (Formiermeister) mußte dies auch bestätigen, er führte zur Begründung des Abzugs allerdings an, daß durch eine Vereinfachung der Herstellung weniger Arbeit daran zu leisten gewesen sei. Ob durch diese angebliche Vereinfachung der Herstellung die Hälfte der Arbeit erspart wurde, ist vom Gericht nicht festgestellt worden. Es wurde darauf allgemein in die Beweisführung eingetreten. Aus den Zeugenberichtigungen ist folgendes hervorzuheben: Eine Lohnreduktion wurde im Mai d. J. vorgenommen. In der Kopierpressen-Abteilung betrug sie nach einem Schriftsatz des Riegerischen Anwalts circa 25 Prozent. In der Verhandlung wurde diese Reduktion damit begründet, daß die Arbeiter nicht fleißig gearbeitet hätten. Das habe ich gezeigt, als nach der Reduktion die Arbeiter wieder so viel verdienten, wie vorher. Dies wurde von mehreren Zeugen bestritten. Sie hätten in der gleichen Zeit weniger gearbeitet als früher, wollten sie wieder auf den früheren Verdienst kommen, hätten sie sich mehr anstrengen und länger arbeiten müssen. Von Karl Rieger wurden für die Lohnreduktionen auch technische Verbesserungen als Grund angegeben, es wurde aber von den meisten Zeugen, die zu dem Punkte aussagten, bestritten, daß solche Verbesserungen in nennenswerter Art eingeführt worden seien. Der Lohnbuchhalter, der zugab, daß Reduktionen von 15 bis 20 Prozent, in einem Falle sogar von über 25 Prozent vorgekommen seien und daß Arbeiter in 14 Tagen nur 25, 26 und 27 A verdienten, wußte von solchen Verbesserungen auch nichts angegeben. „Die Löhne waren eben zu hoch.“ Der Drehermeister Stadelmeyer sagte, daß Reduktionen dort erfolgten, wo die Leute „zu hoch kamen“. Er habe die Reduktionen für richtig gehalten. Ein Zeuge sagte aus, daß er nach dem 25prozentigen Abzug beim Alford nicht mehr auf seinem Tagelohn kam, statt 33 A in 14 Tagen habe er nur 27 A verdient. Auf seine Beschwerde habe ihm Rieger die Differenz auszahnen wollen, aber Schmid habe gesagt, daß davor nicht geschehen. Ein anderer Zeuge sagte, er habe statt 4 A nur noch 3,20 A verdient. Auch der Bruder des Werkführers bezeugte, daß 20 bis 25 Prozent am Stück abgezogen wurden. Ein Gegenstand, der früher 80 A brachte, wurde nun noch mit 55 A bezahlt. Ein weiterer Zeuge gab an, daß für ein Stück statt 90 nur noch 70 A gezahlt worden seien. Ein Schlosser verdiente nach der Reduktion mit noch 2,80 A, früher hatte er als Siebzehnjähriger schon 3,40 A verdient. Von technischen Verbesserungen habe er nichts bemerkt. Ein Formierer hatte einmal nach der Reduktion einen Ausfall von 7 A an einem Zahltag. Auf seine Beschwerde sagte Karl Rieger: „Wenn Sie nicht auftraten sind, geben Sie mir sofort, morgen sind zwei andere da.“ Ein zweiter Formierer sagte aus, daß es ließ, es würde „zu viel verdient“. Ein Dreher sagte aus, er habe in der letzten Zeit seines Dorfschulns in 14 Tagen 10,40 A weniger verdient. In der Fabrikordnung steht wohl, daß wer nicht in Alford arbeiten wolle, im Tagelohn arbeiten könne, die Firma habe aber eine Anzahl von Arbeitern entlassen, als sie sich weigerten, bei den gefürchteten Alfordpreisen zu arbeiten, darunter auch Betriebsräte. Besonders auffallend war die Aussage eines Arbeiters der angab, daß Arbeiter nach der Lohnreduktion, da sie nicht daraus kamen, bereits fertige Arbeit wieder zu ihrer Arbeit stellten und zum zweiten Male verrechneten. Nach dem Namen dieser Arbeiter gefragt, verteidigte der Zeuge die Aussage darüber. Der als Zeuge anwesende Emil Rieger gab als Ursache der Reduktion auch die Kon-

junctor an. Nach dem Artikel S. 100 haben die meistern gewonnen. Unter (Beziehungen) befand sich, daß ihm zwei Brüder arbeiteten. Ein anderer Zeuge sagte, der Bruder des Werkführers habe die Arbeit bekommen, der habe das mehr verdient. Der Bruder habe ihm während der Arbeitszeit auch Wein zum Kauf angeboten, den er abgelehnt habe. Wein darauf habe ihn der Werkführer geschafft. Dieser habe ihm auch erklärt, wann er die Arbeit um den geborenen Preis nicht machen könne, dann sollte er wo anders hingehen. Ein Zeuge sei dann, da er in 14 Tagen nur 24 A verdient habe, zum alten Herrn Rieger gegangen. Karl Rieger habe ihn gedauert: Wenn er mehr gearbeitet hätte, hätte er mehr verdient. Dann habe er den Rest bezahlt erhalten mit der Erklärung: Das sei ein Geschenk. Wie zur Weinlauftagesgeschichte habe er 50 A in vierzehn Tagen verdient. Schmid habe auch gesagt: zuerst kommt mein Bruder. Dieser habe auch in Kopierpressen „gespuscht“. (Von Karl Rieger wurde hierzu bemerkt, die Presse seien für die Firma gemacht worden.) Ein anderer Zeuge sagte, er habe bei Schmid Bruder Wein gekauft, sei aber nicht sozialisiert worden. Schmid habe ihm auch gefragt, ob er keine Bilder brauche, eine Verwandte von ihm habe welche zu verkaufen. „Ich kaufe dann welche.“ Ein anderer Zeuge sagte: als er zum zweiten Male bei Werkführer Schmid um Arbeit nachfragte, habe ihm dieser angeraten, zu Karl Rieger zu gehen und ihm zu sagen, der M. habe ihn ausgehebelt, dann werde er sofort eingestellt. Er sei aber von M. nicht ausgehebelt worden. Beziiglich der Extraabzahlung für die Fesselreinigung befand sich ein Zeuge, daß ihm Schmid gesagt habe, er solle für den Buschlag von einer Mark 3 Arbeitsstunden verrechnen. Drei Arbeiter hätten ihm (dem Zeugen) mitgeteilt, es sei Ihnen die Mark nicht ausbezahlt worden. Von Karl Rieger wurde dazu bemerkt, daß es sich bei dem einen Falle um ein Versehen gehandelt habe. Bei dem Fesselreinigen sei den Arbeitern nicht nur der Buschlag von einer Mark, sondern wenn sie nur einen halben Tag dazu gebraucht haben, auch der ganze Tag bezahlt worden. Über den „Arbeitsnachweis“ bemerkte ein Zeuge, daß Schmid einen Arbeiter namens M... nach Einsicht dirigiert habe, auch in einem anderen Falle habe er den Vermittler gespielt, zugleich aber vor der Einsicht eines Arbeiters gewarnt. Ein Zeuge (der unbedingt vernommen wurde, weil er über die Verfassung der inskriminierten Korrespondenz das Zeugnis verweigerte) äußerte sich dahin, daß Werkführer Schmid gewollte Leute begünstigt habe. Schmid habe einen Arbeiter gefragt, ob er nichts vom Lohn eines andern Arbeiters brauchen könne. Schmid handle mit Bildern und Wäsche, er habe auch schon mit Fahrerüberschreitungen gehandelt. Schmid habe, als ihm ein Arbeiter gekauft Bilder bezahlte, gedauert: „Du könntest mir ganz gut ein paar Mark weiter geben, ich verdiene nichts an den Bildern.“ Schmid habe auch an den Arbeitern Bilder verkauft und die Mutter Schmid habe seiner (des Zeugen) Frau auch Bilder zum Kauf angeboten. Daß Schmid gewollte Leute begünstige, dafür sei auch folgendes Beweis: Ein Gehrling habe ihm (dem Zeugen) einen Kalibermaßstab gezeigt und gesagt, ob er 2 M wert sei. Zeuge habe ihn dies verneint und den Jungen gesagt, wo das Messwerkzeug her sei, worauf ein Arbeiter M. als Elgentilmer bezeichnet worden sei. Zeuge sei dann zu dem jungen Drehermeister St. gegangen und habe mit ihm die Sache besprochen. Es habe sich dann herausgestellt, daß der Kalibermaßstab einem Schlosser Sch. gehörte. Zeuge und der Drehermeister seien dann zu Schmid gegangen und hätten ihm gesagt, daß der Kalibermaßstab gestohlen sei, er solle den St. keine Überstunden mehr machen lassen, im andern Falle müsse die Sache Rieger vorgetragen werden. Schmid habe Abhilfe versprochen, aber nicht ausgeführt. St. habe einen andern Kalibermaßstab um 2,50 A verlauten, der 8 bis 10 A wert gewesen sei. St. sei oft betrunknen gewesen und habe fast jede Woche einen Blauen gemacht, was Schmid gewußt habe. (Der später vernommene Zeuge St., von dem behauptet wurde, er habe einen Kalibermaßstab gestohlen, gab an, daß er einen „in einer Sache gefunden“ und einen zweiten für eine Bechshuld zurückbehalten habe. Letzterer habe er verlautet. Auf Befragung, ob er den „in der Sache gefundenen“ verlaut habe, verneigte St. das Zeugnis, nachdem er vom Vorsitzenden dahin belehnt worden war, daß er dazu das Recht habe.) Der Zeuge sagte weiter aus, daß der stellvertretende Chef des Werkführers bei den Arbeitern nicht der beste gewesen sei; eine Arbeitnehmerin L. Sch. habe sie bei ihm über ihre Beleidigung gesagt, ihr Mann könne jeden Zahltag mindestens 50 A erhalten, wenn sie ihm zu Willen sei. Das habe seine Frau abgelehnt. Als Zeuge danach an einem Zahltag nur 24 A erhielt, habe er Schmid darüber zur Rede gestellt und gesagt: Wenn meine Frau dir das Recht gemacht hätte, dann hätte ich 50 A bekommen. Er habe die Forderung auf Bezug genommen, dem Emil Rieger gegeben, weil dieser sagte, er wolle helfen, daß Schmid aus der Fabrik herauskomme. E. Rieger habe die Briefe seinem Vater gegeben. Als er sie zurückverlangte, habe man sie ihm verweigert. 14 Tage nach dem Zusammenstoß mit Schmid sei er (Zeuge) dann entlassen worden. Karl Rieger habe dabei gesagt: es tut ja doch nicht mehr gut. Als Zeuge dann äußerte, er werde die Sache in der Tagwacht bringen, habe St. Rieger gesagt, daß Schmid aus der Fabrik herauskomme. E. Rieger habe die Briefe seinem Vater gegeben. Als er sie zurückverlangte, habe man sie ihm verweigert. 14 Tage nach dem Zusammenstoß mit Schmid sei er (Zeuge) dann entlassen worden. Karl Rieger habe dabei gesagt: es tut ja doch nicht mehr gut. Als Zeuge dann äußerte, er werde die Sache in der Tagwacht bringen, habe St. Rieger gesagt, daß Schmid aus der Fabrik herauskomme. E. Rieger habe die Briefe seinem Vater gegeben. Als er sie zurückverlangte, habe man sie ihm verweigert. 14 Tage nach dem Zusammenstoß mit Schmid sei er (Zeuge) dann entlassen worden. Karl Rieger habe dabei gesagt: es tut ja doch nicht mehr gut. Als Zeuge dann äußerte, er werde die Sache in der Tagwacht bringen, habe St. Rieger gesagt, daß Schmid aus der Fabrik herauskomme. E. Rieger habe die Briefe seinem Vater gegeben. Als er sie zurückverlangte, habe man sie ihm verweigert. 14 Tage nach dem Zusammenstoß mit Schmid sei er (Zeuge) dann entlassen worden. Karl Rieger habe dabei gesagt: es tut ja doch nicht mehr gut. Als Zeuge dann äußerte, er werde die Sache in der Tagwacht bringen, habe St. Rieger gesagt, daß Schmid aus der Fabrik herauskomme. E. Rieger habe die Briefe seinem Vater gegeben. Als er sie zurückverlangte, habe man sie ihm verweigert. 14 Tage nach dem Zusammenstoß mit Schmid sei er (Zeuge) dann entlassen worden. Karl Rieger habe dabei gesagt: es tut ja doch nicht mehr gut. Als Zeuge dann äußerte, er werde die Sache in der Tagwacht bringen, habe St. Rieger gesagt, daß Schmid aus der Fabrik herauskomme. E. Rieger habe die Briefe seinem Vater gegeben. Als er sie zurückverlangte, habe man sie ihm verweigert. 14 Tage nach dem Zusammenstoß mit Schmid sei er (Zeuge) dann entlassen worden. Karl Rieger habe dabei gesagt: es tut ja doch nicht mehr gut. Als Zeuge dann äußerte, er werde die Sache in der Tagwacht bringen, habe St. Rieger gesagt, daß Schmid aus der Fabrik herauskomme. E. Rieger habe die Briefe seinem Vater gegeben. Als er sie zurückverlangte, habe man sie ihm verweigert. 14 Tage nach dem Zusammenstoß mit Schmid sei er (Zeuge) dann entlassen worden. Karl Rieger habe dabei gesagt: es tut ja doch nicht mehr gut. Als Zeuge dann äußerte, er werde die Sache in der Tagwacht bringen, habe St. Rieger gesagt, daß Schmid aus der Fabrik herauskomme. E. Rieger habe die Briefe seinem Vater gegeben. Als er sie zurückverlangte, habe man sie ihm verweigert. 14 Tage nach dem Zusammenstoß mit Schmid sei er (Zeuge) dann entlassen worden. Karl Rieger habe dabei gesagt: es tut ja doch nicht mehr gut. Als Zeuge dann äußerte, er werde die Sache in der Tagwacht bringen, habe St. Rieger gesagt, daß Schmid aus der Fabrik herauskomme. E. Rieger habe die Briefe seinem Vater gegeben. Als er sie zurückverlangte, habe man sie ihm verweigert. 14 Tage nach dem Zusammenstoß mit Schmid sei er (Zeuge) dann entlassen worden. Karl Rieger habe dabei gesagt: es tut ja doch nicht mehr gut. Als Zeuge dann äußerte, er werde die Sache in der Tagwacht bringen, habe St. Rieger gesagt, daß Schmid aus der Fabrik herauskomme. E. Rieger habe die Briefe seinem Vater gegeben. Als er sie zurückverlangte, habe man sie ihm verweigert. 14 Tage nach dem Zusammenstoß mit Schmid sei er (Zeuge) dann entlassen worden. Karl Rieger habe dabei gesagt: es tut ja doch nicht mehr gut. Als Zeuge dann äußerte, er werde die Sache in der Tagwacht bringen, habe St. Rieger gesagt, daß Schmid aus der Fabrik herauskomme. E. Rieger habe die Briefe seinem Vater gegeben. Als er sie zurückverlangte, habe man sie ihm verweigert. 14 Tage nach dem Zusammenstoß mit Schmid sei er (Zeuge) dann entlassen worden. Karl Rieger habe dabei gesagt: es tut ja doch nicht mehr gut. Als Zeuge dann äußerte, er werde die Sache in der Tagwacht bringen, habe St. Rieger gesagt, daß Schmid aus der Fabrik herauskomme. E. Rieger habe die Briefe seinem Vater gegeben. Als er sie zurückverlangte, habe man sie ihm verweigert. 14 Tage nach dem Zusammenstoß mit Schmid sei er (Zeuge) dann entlassen worden. Karl Rieger habe dabei gesagt: es tut ja doch nicht mehr gut. Als Zeuge dann äußerte, er werde die Sache in der Tagwacht bringen, habe St. Rieger gesagt, daß Schmid aus der Fabrik herauskomme. E. Rieger habe die Briefe seinem Vater gegeben. Als er sie zurückverlangte, habe man sie ihm verweigert. 14 Tage nach dem Zusammenstoß mit Schmid sei er (Zeuge) dann entlassen worden. Karl Rieger habe dabei gesagt: es tut ja doch nicht mehr gut. Als Zeuge dann äußerte, er werde die Sache in der Tagwacht bringen, habe St. Rieger gesagt, daß Schmid aus der Fabrik herauskomme. E. Rieger habe die Briefe seinem Vater gegeben. Als er sie zurückverlangte, habe man sie ihm verweigert. 14 Tage nach dem Zusammenstoß mit Schmid sei er (Zeuge) dann entlassen worden. Karl Rieger habe dabei gesagt: es tut ja doch nicht mehr gut. Als Zeuge dann äußerte, er werde die Sache in der Tagwacht bringen, habe St. Rieger gesagt, daß Schmid aus der Fabrik herauskomme. E. Rieger habe die Briefe seinem Vater gegeben. Als er sie zurückverlangte, habe man sie ihm verweigert. 14 Tage nach dem Zusammenstoß mit Schmid sei er (Zeuge) dann entlassen worden. Karl Rieger habe dabei gesagt: es tut ja doch nicht mehr gut. Als Zeuge dann äußerte, er werde die Sache in der Tagwacht bringen, habe St. Rieger gesagt, daß Schmid aus der Fabrik herauskomme. E. Rieger habe die Briefe seinem Vater gegeben. Als er sie zurückverlangte, habe man sie ihm verweigert. 14 Tage nach dem Zusammenstoß mit Schmid sei er (Zeuge) dann entlassen worden. Karl Rieger habe dabei gesagt: es tut ja doch nicht mehr gut. Als Zeuge dann äußerte, er werde die Sache in der Tagwacht bringen, habe St. Rieger gesagt, daß Schmid aus der Fabrik herauskomme. E. Rieger habe die Briefe seinem Vater gegeben. Als er sie zurückverlangte, habe man sie ihm verweigert. 14 Tage nach dem Zusammenstoß mit Schmid sei er (Zeuge) dann entlassen worden. Karl Rieger habe dabei gesagt: es tut ja doch nicht mehr gut. Als Zeuge dann äußerte, er werde die Sache in der Tagwacht bringen, habe St. Rieger gesagt, daß Schmid aus der Fabrik herauskomme. E. Rieger habe die Briefe seinem Vater gegeben. Als er sie zurückverlangte, habe man sie ihm verweigert. 14 Tage nach dem Zusammenstoß mit Schmid sei er (Zeuge) dann entlassen worden. Karl Rieger habe dabei gesagt: es tut ja doch nicht mehr gut. Als Zeuge dann äußerte, er werde die Sache in der Tagwacht bringen, habe St. Rieger gesagt, daß Schmid aus der Fabrik herauskomme. E. Rieger habe die Briefe seinem Vater gegeben. Als er sie zurückverlangte, habe man sie ihm verweigert. 14 Tage nach dem Zusammenstoß mit Schmid sei er (Zeuge) dann entlassen worden. Karl Rieger habe dabei gesagt: es tut ja doch nicht mehr gut. Als Zeuge dann äußerte, er werde die Sache in der Tagwacht bringen, habe St. Rieger gesagt, daß Schmid aus der Fabrik herauskomme. E. Rieger habe die Briefe seinem Vater gegeben. Als er sie zurückverlangte, habe man sie ihm verweigert. 14 Tage nach dem Zusammenstoß mit Schmid sei er (Zeuge) dann entlassen worden. Karl Rieger habe dabei gesagt: es tut ja doch nicht mehr gut. Als Zeuge dann äußerte, er werde die Sache in der Tagwacht bringen, habe St. Rieger gesagt, daß Schmid aus der Fabrik herauskomme. E. Rieger habe die Briefe seinem Vater gegeben. Als er sie zurückverlangte, habe man sie ihm verweigert. 14 Tage nach dem Zusammenstoß mit Schmid sei er (Zeuge) dann entlassen worden. Karl Rieger habe dabei gesagt: es tut ja doch nicht mehr gut. Als Zeuge dann äußerte, er werde die Sache in der Tagwacht bringen, habe St. Rieger gesagt, daß Schmid aus der Fabrik herauskomme. E. Rieger habe die Briefe seinem Vater gegeben. Als er sie zurückverlangte, habe man sie ihm verweigert. 14 Tage nach dem Zusammenstoß mit Schmid sei er (Zeuge) dann entlassen worden. Karl Rieger habe dabei gesagt: es tut ja doch nicht mehr gut. Als Zeuge dann äußerte, er werde die Sache in der Tagwacht bringen, habe St. Rieger gesagt, daß Schmid aus der Fabrik herauskomme. E. Rieger habe die Briefe seinem Vater gegeben. Als er sie zurückverlangte, habe man sie ihm verweigert. 14 Tage nach dem Zusammenstoß mit Schmid sei er (Zeuge) dann entlassen worden. Karl Rieger habe dabei gesagt: es tut ja doch nicht mehr gut. Als Zeuge dann äußerte, er werde die Sache in der Tagwacht bringen, habe St. Rieger gesagt, daß Schmid aus der Fabrik herauskomme. E. Rieger habe die Briefe seinem Vater gegeben. Als er sie zurückverlangte, habe man sie ihm verweigert. 14 Tage nach dem Zusammenstoß mit Schmid sei er (Zeuge) dann entlassen worden. Karl Rieger habe dabei gesagt: es tut ja doch nicht mehr gut. Als Zeuge dann äußerte, er werde die Sache in der Tagwacht bringen, habe St. Rieger gesagt, daß Schmid aus der Fabrik herauskomme. E. Rieger habe die Briefe seinem Vater gegeben. Als er sie zurückverlangte, habe man sie ihm verweigert. 14 Tage nach dem Zusammenstoß mit Schmid sei er (Zeuge) dann entlassen worden. Karl Rieger habe dabei gesagt: es tut ja doch nicht mehr gut. Als Zeuge dann äußerte, er werde die Sache in der Tagwacht bringen, habe St. Rieger gesagt, daß Schmid aus der Fabrik herauskomme. E. Rieger habe die Briefe seinem Vater gegeben. Als er sie zurückverlangte, habe man sie ihm verweigert. 14 Tage nach dem Zusammenstoß mit Schmid sei er (Zeuge) dann entlassen worden. Karl Rieger habe dabei gesagt: es tut ja doch nicht mehr gut. Als Zeuge dann äußerte, er werde die Sache in der Tagwacht bringen, habe St. Rieger gesagt, daß Schmid aus der Fabrik herauskomme. E. Rieger habe die Briefe seinem Vater gegeben. Als er sie zurückverlangte, habe man sie ihm verweigert. 14 Tage nach dem Zusammenstoß mit Schmid sei er (Zeuge) dann entlassen worden. Karl Rieger habe dabei gesagt: es tut ja doch nicht mehr gut. Als Zeuge dann äußerte, er werde die Sache in der Tagwacht bringen, habe St. Rieger gesagt, daß Schmid aus der Fabrik herauskomme. E. Rieger habe die Briefe seinem Vater gegeben. Als er sie zurückverlangte, habe man sie ihm verweigert. 14 Tage nach dem Zusammenstoß mit Schmid sei er (Zeuge) dann entlassen worden. Karl Rieger habe dabei gesagt: es tut ja doch nicht mehr gut. Als Zeuge dann äußerte, er werde die Sache in der Tagwacht bringen, habe St. Rieger gesagt, daß Schmid aus der Fabrik herauskomme. E. Rieger habe die Briefe seinem Vater gegeben. Als er sie zurückverlangte, habe man sie ihm verweigert. 14 Tage nach dem Zusammenstoß mit Schmid sei er (Zeuge) dann entlassen worden. Karl Rieger habe dabei gesagt: es tut ja doch nicht mehr gut. Als Zeuge dann äußerte, er werde die Sache in der Tagwacht bringen, habe St. Rieger gesagt, daß Schmid aus der Fabrik herauskomme. E. Rieger habe die Briefe seinem Vater gegeben. Als er sie zurückverlangte, habe man sie ihm verweigert. 14 Tage nach dem Zusammenstoß mit Schmid sei er (Zeuge) dann entlassen worden. Karl Rieger habe dabei gesagt: es tut ja doch nicht mehr gut. Als Zeuge dann äußerte, er werde die Sache in der Tagwacht bringen, habe St. Rieger gesagt, daß Schmid aus der Fabrik herauskomme. E. Rieger habe die Briefe seinem Vater gegeben. Als er sie zurückverlangte, habe man sie ihm verweigert. 14 Tage nach dem Zusammenstoß mit Schmid sei er (Zeuge) dann entlassen worden. Karl Rieger habe dabei gesagt: es tut ja doch nicht mehr gut. Als Zeuge dann äußerte, er werde die Sache in der Tagwacht bringen, habe St. Rieger gesagt, daß Schmid aus der Fabrik herauskomme. E. Rieger habe die Briefe seinem Vater gegeben. Als er sie zurückverlangte, habe man sie ihm verweigert. 14 Tage nach dem Zusammenstoß mit Schmid sei er (Zeuge) dann entlassen worden. Karl Rieger habe dabei gesagt: es tut ja doch nicht mehr gut. Als Zeuge dann äußerte, er werde die Sache in der Tagwacht bringen, habe St. Rieger gesagt, daß Schmid aus der Fabrik herauskomme. E. Rieger habe die Briefe seinem Vater gegeben. Als er sie zurückverlangte, habe man sie ihm verweigert. 14 Tage nach dem Zusammenstoß mit Schmid sei er (Zeuge) dann entlassen worden. Karl Rieger habe dabei gesagt: es tut

gesetzliche enthalten. Es werde gesagt, Abstimmungen von 50 Prozenten gefordert nicht zu den Galtenbelan, aber eine solche Abstimmung sei nur in einem Halle erfolgt. Wo es in der Bevölkerung des Landes wurde, sei es eine Beleidigung. In dem Gesetz Galtenbelan kommt in 14 Tagen nicht mal auf 40 %. einige geben sogar nur mit 28 % nach Hause, ist keine Beleidigung erledigt worden." Der Sozialist, doch das Strafgesetz in diesem Betrieb besser ausgebaut sei als irgendwo, sei zu weitgehend, Kosten und Abgängen hätten hinzugefügt, darunter auch hohe, ob diese Kosten immer garantiert wären, entsteht sich der Kenntnis des Gerichts. Der Sozialist bei Gütern, die einen Fehler aufweisen, der Normen bestreikt und das Bild brennen verhindern würde, sei nicht bewiesen; es sei das eine schwere Beleidigung. Der Vorwurf des Vertrags ist als üble Nachrede gewertet worden. Die Behauptung bezüglich des Vorvertrags ist keine Beleidigung, das Gericht sei der Meinung, daß eigentlich zwei Verhandlungen da sein müssten. Die Behauptungen über die fiktiven Umstüttungen seien auch zu weitgehend und daher als üble Nachrede gewertet worden. Was der Hau Schnellinger befreie (den von der Wohrmühle erfahrene Arbeiter), so sei der gemachte Vorwurf ein sehr schwerer, der unter § 186 falle. Das Gericht halte aber auch die Auslagen des Käfers und ihrer Zeugen in diesem Punkte nicht für erwiesen. Die Misshandlung der Lehrlinge ac. durch St. Rieger werde als erwischt angesehen, das Gericht würde diese Behandlung nicht billigen. Die Behauptung, daß St. Rieger Lehrlinge katholische Lumpen nenne, sei mir in einem Hause erwiesen, deshalb sei sie strafbar. Das Gericht müsse aber auch diesen Ausdruck mithilflich. Die Bemerkung: "Auf eine seine Art besteht es der Werkmeister Schmidt ac." sei zu weitgehend, das Gericht erkenne an, daß die Arbeiter wohl der Meinung sein könnten, aber der Wahrheitsschweif sei nicht als erbracht zu erachten. Die Bemerkung über das Kesselreinigen sei keine Beleidigung. Über den Handel Schmidt sei kein Beweis erbracht. Die Bemerkung über seinen Arbeitsnachweis sei keine Beleidigung. Die Belästigung von Arbeitnehmerinnen sei im Falle S. Sch. erwiesen, da aber in der Mehrzahl behauptet, sei es eine Beleidigung. Den Vorfall mit der Chefseule des H. lasse das Gericht abgestellt, dieser Fall stehe mit dem Artikel in seinem Zusammenhang. (Wenn uns die schriftlich ausgefertigte Urteilsbegündung vorliegt, kommen wir vielleicht auf die ganze Angelegenheit zurück. Red.)

**Aalen.** Im Namen des Königs. In der Brabatlagessache der Fabrikanten Heinrich Rieger und Eduard Zeller, des Ingenieurs Karl Rieger und des Werksführers Georg Schmidt, sämtlich in Aalen, Brabatläger, gegen den am 25. April 1851 zu Namensrecht in der Oberpfalz in Bayern geborenen, in Stuttgart wohnhaften verheirateten Redakteur Johann Gottlieb Scherzer, Angeklagten, wegen Beleidigung, hat das Königl. Schöffengericht zu Aalen in der Sitzung vom 3. Dezember 1909 für Recht erkannt: Der Angeklagte wird wegen breiter Vergehen der öffentlichen Beleidigung im Sinne des § 186 des Strafgesetzbuchs, von denen eines in einer Handlung mit einem Vergehen der Beleidigung im Sinne des § 185 des Strafgesetzbuchs verübt worden ist, zu der Gefangenstrafe von einem hundert Tagen, im Falle der Unentbringlichkeit zu zehn Tagen Gefangenstrafe verurteilt, auch verpflichtet, die Kosten des Verfahrens zu tragen und den Brabatläger die ihnen erwachsenen notwendigen Wurstgut zu ersetzen. Den Brabatlägern wird die Befreiung zugesprochen, die Verurteilung binnen einer Woche nach Einfang einer beklagwürdigen Abschrift der Urteilsformel durch einmalige Veröffentlichung derselben in der in Stuttgart erscheinenden Metallarbeiterzeitung und den in Aalen erscheinenden Zeitungen, der Kocherzeitung und der Schwäbischen Volkszeitung, auf Kosten des Angeklagten bekanntzumachen. Die Richtigkeit der Urteilsformel wird beklagt und die Vollstreckbarkeit des Urteils befürwortet. Aalen, den 18. Dezember 1909. Gerichtsschreiber des Königl. Amtsgerichts: Gruber.

**Amtweiler (Württ.).** Die Firma Gustav Ulrich versteht ihre wirtschaftliche Machstellung in Amtweiler gut auszunutzen. Das haben die leichten Stadtratswahlen gezeigt, wo sie es fertig brachte, denkt der Unwissenheit der Mehrzahl ihrer Arbeiter, fünf ihrer Vertreter in den Stadtrat zu senden. Dass die Firma auch ihre ökonomische Machstellung gegenüber den Arbeitern ebenso standhaft zur Geltung bringt, magde leider zum eigenen Schaden schon mancher Arbeiter erfahren. Die Firma ist seit Jahren bewusst, Arbeitskräfte von überall her zu beziehen; so mancher Arbeiter hat schon eine gute Stelle verloren, um nach dem Wirtschaftlichen Dorado zu wandern. Aber sich ebenfalls haben dies bitter bereut. Denn sowohl die Betriebsföhrenden hier sind, wissen sie, dass über ihr Fortkommen die Firma und ihre Vertreter entscheiden. Anfang Oktober engagierte der Prokurator und Betriebsleiter der Prokurator, Herr Elling, einen Vertragsabschlosser aus Hagen i. B. (Linzgärtnerstrasse 180 A). Am 29. November wurde dieser lästig entlassen. Als er am darauffolgenden Donnerstag seine Möbel verladen wollte (die Wohnungen im Arbeiterviertel müssen innerhalb drei Tagen nach dem Auszug aus dem Gebäude geräumt sein), erhielt plötzlich Herr Hellwig im Begleitung seines Kellervorsteher, zweier Polizisten und zweier Zivilisten, um die Sachen einzuzuhören; er wurde aber nach einer für die Unbefriedigten erachteten, für Herrn Hellwig wenig schmeichelhaften Intermezzo unzufriedener Ende wieder abziehen. Zug zu derselbe Zeit wählten Obrigkeit von Arbeitern diesen Vertragsföhrenden als ihren Vertreter in den Stadtrat. Gemeinsam überflügeln. Das Vorliegende ist zu erzeigen, dass bei Antritt eines Engagements bei der Firma, sei es in der Papierfabrik oder in den Amtweiler Stanz- und Metallwerken bzw. Ulrich, längste Zeit gehabt gehabt ist, um so mehr, da hier keine unbedeutende Arbeitsgelegenheit vorhanden ist. Auch sonst erhielten im Vertragsgebiete, so dass ein unangewandelter Ruf der förmig berührten Fakturahaltung für die Arbeiter nur von Vorteil sein könnte. Den Arbeitern aber zeigen wir zu: Einzelne sind ihr nicht, vereinigt eine Kraft, durch hinein in die Organisation. Nur dann wird ihr in der Regel, auch hier in Amtweiler besser Zustande zu setzen.

**Berlin.** (Wie es scheint für Unterwerter zu angekündigen.) Die Arbeiterschaft der Arbeiterschaftsfabrik Julius Pintsch, Berlin O., Amtesstraße 71/73, wurde vor kurzem mit folgendem Schriftstück beglaubigt: Am 19. Februar 1910 vollendete unser Betriebsrat Herr Richard Pintsch, Chef der Firma, sein 70. Lebensjahr, und luden von verschiedenen Seiten Gratulationen ein, bestehend aus kleinen Dank-Auszeichnungen zu erweisen und Zeichen der Berücksichtigung darzutragen. Die Freunde und Freiherren unserer Firma glaubten nun demgegenüber nicht gleichzeitig bestehen zu dürfen, und bat das daher ein Sonderglied, das Süßigkeitswaren in den Werkstätten der Firma regt ist, um dann beteiligen zu lassen, so kleine hinzugefügten Herren, aber nur jähre, denen es herzenkundnis ist, zu jenen Herren Gratulationen zu zeigen, so zu einer demgegenüber stütze mit Rosen und Blumen eingezogen zu lassen. Das wurde. S. A. der Firma: "Julius Pintsch, Schönjähriger." — Die Arbeiter der Firma, welche die feier der Schönjahrzeit im Bereich abdecken, werden jetzt eine erinnerung schenken, doch jeweils nur den Freunden und Freiherren zu zeigen, so kleine hinzugefügten Herren, aber nur jähre, denen es herzenkundnis ist, zu jenen Gratulationen zu zeigen, so zu einer demgegenüber stütze mit Rosen und Blumen eingezogen zu lassen. Das wurde. — Die Arbeiter der Firma, welche die feier der Schönjahrzeit im Bereich abdecken, werden jetzt eine erinnerung schenken, doch jeweils nur den Freunden und Freiherren zu zeigen, so kleine hinzugefügten Herren, aber nur jähre, denen es herzenkundnis ist, zu jenen Gratulationen zu zeigen, so zu einer demgegenüber stütze mit Rosen und Blumen eingezogen zu lassen. Das wurde. — Die Arbeiter der Firma, welche die feier der Schönjahrzeit im Bereich abdecken, werden jetzt eine erinnerung schenken, doch jeweils nur den Freunden und Freiherren zu zeigen, so kleine hinzugefügten Herren, aber nur jähre, denen es herzenkundnis ist, zu jenen Gratulationen zu zeigen, so zu einer demgegenüber stütze mit Rosen und Blumen eingezogen zu lassen. Das wurde. — Die Arbeiter der Firma, welche die feier der Schönjahrzeit im Bereich abdecken, werden jetzt eine erinnerung schenken, doch jeweils nur den Freunden und Freiherren zu zeigen, so kleine hinzugefügten Herren, aber nur jähre, denen es herzenkundnis ist, zu jenen Gratulationen zu zeigen, so zu einer demgegenüber stütze mit Rosen und Blumen eingezogen zu lassen. Das wurde. — Die Arbeiter der Firma, welche die feier der Schönjahrzeit im Bereich abdecken, werden jetzt eine erinnerung schenken, doch jeweils nur den Freunden und Freiherren zu zeigen, so kleine hinzugefügten Herren, aber nur jähre, denen es herzenkundnis ist, zu jenen Gratulationen zu zeigen, so zu einer demgegenüber stütze mit Rosen und Blumen eingezogen zu lassen. Das wurde. — Die Arbeiter der Firma, welche die feier der Schönjahrzeit im Bereich abdecken, werden jetzt eine erinnerung schenken, doch jeweils nur den Freunden und Freiherren zu zeigen, so kleine hinzugefügten Herren, aber nur jähre, denen es herzenkundnis ist, zu jenen Gratulationen zu zeigen, so zu einer demgegenüber stütze mit Rosen und Blumen eingezogen zu lassen. Das wurde. — Die Arbeiter der Firma, welche die feier der Schönjahrzeit im Bereich abdecken, werden jetzt eine erinnerung schenken, doch jeweils nur den Freunden und Freiherren zu zeigen, so kleine hinzugefügten Herren, aber nur jähre, denen es herzenkundnis ist, zu jenen Gratulationen zu zeigen, so zu einer demgegenüber stütze mit Rosen und Blumen eingezogen zu lassen. Das wurde. — Die Arbeiter der Firma, welche die feier der Schönjahrzeit im Bereich abdecken, werden jetzt eine erinnerung schenken, doch jeweils nur den Freunden und Freiherren zu zeigen, so kleine hinzugefügten Herren, aber nur jähre, denen es herzenkundnis ist, zu jenen Gratulationen zu zeigen, so zu einer demgegenüber stütze mit Rosen und Blumen eingezogen zu lassen. Das wurde. — Die Arbeiter der Firma, welche die feier der Schönjahrzeit im Bereich abdecken, werden jetzt eine erinnerung schenken, doch jeweils nur den Freunden und Freiherren zu zeigen, so kleine hinzugefügten Herren, aber nur jähre, denen es herzenkundnis ist, zu jenen Gratulationen zu zeigen, so zu einer demgegenüber stütze mit Rosen und Blumen eingezogen zu lassen. Das wurde. — Die Arbeiter der Firma, welche die feier der Schönjahrzeit im Bereich abdecken, werden jetzt eine erinnerung schenken, doch jeweils nur den Freunden und Freiherren zu zeigen, so kleine hinzugefügten Herren, aber nur jähre, denen es herzenkundnis ist, zu jenen Gratulationen zu zeigen, so zu einer demgegenüber stütze mit Rosen und Blumen eingezogen zu lassen. Das wurde. — Die Arbeiter der Firma, welche die feier der Schönjahrzeit im Bereich abdecken, werden jetzt eine erinnerung schenken, doch jeweils nur den Freunden und Freiherren zu zeigen, so kleine hinzugefügten Herren, aber nur jähre, denen es herzenkundnis ist, zu jenen Gratulationen zu zeigen, so zu einer demgegenüber stütze mit Rosen und Blumen eingezogen zu lassen. Das wurde. — Die Arbeiter der Firma, welche die feier der Schönjahrzeit im Bereich abdecken, werden jetzt eine erinnerung schenken, doch jeweils nur den Freunden und Freiherren zu zeigen, so kleine hinzugefügten Herren, aber nur jähre, denen es herzenkundnis ist, zu jenen Gratulationen zu zeigen, so zu einer demgegenüber stütze mit Rosen und Blumen eingezogen zu lassen. Das wurde. — Die Arbeiter der Firma, welche die feier der Schönjahrzeit im Bereich abdecken, werden jetzt eine erinnerung schenken, doch jeweils nur den Freunden und Freiherren zu zeigen, so kleine hinzugefügten Herren, aber nur jähre, denen es herzenkundnis ist, zu jenen Gratulationen zu zeigen, so zu einer demgegenüber stütze mit Rosen und Blumen eingezogen zu lassen. Das wurde. — Die Arbeiter der Firma, welche die feier der Schönjahrzeit im Bereich abdecken, werden jetzt eine erinnerung schenken, doch jeweils nur den Freunden und Freiherren zu zeigen, so kleine hinzugefügten Herren, aber nur jähre, denen es herzenkundnis ist, zu jenen Gratulationen zu zeigen, so zu einer demgegenüber stütze mit Rosen und Blumen eingezogen zu lassen. Das wurde. — Die Arbeiter der Firma, welche die feier der Schönjahrzeit im Bereich abdecken, werden jetzt eine erinnerung schenken, doch jeweils nur den Freunden und Freiherren zu zeigen, so kleine hinzugefügten Herren, aber nur jähre, denen es herzenkundnis ist, zu jenen Gratulationen zu zeigen, so zu einer demgegenüber stütze mit Rosen und Blumen eingezogen zu lassen. Das wurde. — Die Arbeiter der Firma, welche die feier der Schönjahrzeit im Bereich abdecken, werden jetzt eine erinnerung schenken, doch jeweils nur den Freunden und Freiherren zu zeigen, so kleine hinzugefügten Herren, aber nur jähre, denen es herzenkundnis ist, zu jenen Gratulationen zu zeigen, so zu einer demgegenüber stütze mit Rosen und Blumen eingezogen zu lassen. Das wurde. — Die Arbeiter der Firma, welche die feier der Schönjahrzeit im Bereich abdecken, werden jetzt eine erinnerung schenken, doch jeweils nur den Freunden und Freiherren zu zeigen, so kleine hinzugefügten Herren, aber nur jähre, denen es herzenkundnis ist, zu jenen Gratulationen zu zeigen, so zu einer demgegenüber stütze mit Rosen und Blumen eingezogen zu lassen. Das wurde. — Die Arbeiter der Firma, welche die feier der Schönjahrzeit im Bereich abdecken, werden jetzt eine erinnerung schenken, doch jeweils nur den Freunden und Freiherren zu zeigen, so kleine hinzugefügten Herren, aber nur jähre, denen es herzenkundnis ist, zu jenen Gratulationen zu zeigen, so zu einer demgegenüber stütze mit Rosen und Blumen eingezogen zu lassen. Das wurde. — Die Arbeiter der Firma, welche die feier der Schönjahrzeit im Bereich abdecken, werden jetzt eine erinnerung schenken, doch jeweils nur den Freunden und Freiherren zu zeigen, so kleine hinzugefügten Herren, aber nur jähre, denen es herzenkundnis ist, zu jenen Gratulationen zu zeigen, so zu einer demgegenüber stütze mit Rosen und Blumen eingezogen zu lassen. Das wurde. — Die Arbeiter der Firma, welche die feier der Schönjahrzeit im Bereich abdecken, werden jetzt eine erinnerung schenken, doch jeweils nur den Freunden und Freiherren zu zeigen, so kleine hinzugefügten Herren, aber nur jähre, denen es herzenkundnis ist, zu jenen Gratulationen zu zeigen, so zu einer demgegenüber stütze mit Rosen und Blumen eingezogen zu lassen. Das wurde. — Die Arbeiter der Firma, welche die feier der Schönjahrzeit im Bereich abdecken, werden jetzt eine erinnerung schenken, doch jeweils nur den Freunden und Freiherren zu zeigen, so kleine hinzugefügten Herren, aber nur jähre, denen es herzenkundnis ist, zu jenen Gratulationen zu zeigen, so zu einer demgegenüber stütze mit Rosen und Blumen eingezogen zu lassen. Das wurde. — Die Arbeiter der Firma, welche die feier der Schönjahrzeit im Bereich abdecken, werden jetzt eine erinnerung schenken, doch jeweils nur den Freunden und Freiherren zu zeigen, so kleine hinzugefügten Herren, aber nur jähre, denen es herzenkundnis ist, zu jenen Gratulationen zu zeigen, so zu einer demgegenüber stütze mit Rosen und Blumen eingezogen zu lassen. Das wurde. — Die Arbeiter der Firma, welche die feier der Schönjahrzeit im Bereich abdecken, werden jetzt eine erinnerung schenken, doch jeweils nur den Freunden und Freiherren zu zeigen, so kleine hinzugefügten Herren, aber nur jähre, denen es herzenkundnis ist, zu jenen Gratulationen zu zeigen, so zu einer demgegenüber stütze mit Rosen und Blumen eingezogen zu lassen. Das wurde. — Die Arbeiter der Firma, welche die feier der Schönjahrzeit im Bereich abdecken, werden jetzt eine erinnerung schenken, doch jeweils nur den Freunden und Freiherren zu zeigen, so kleine hinzugefügten Herren, aber nur jähre, denen es herzenkundnis ist, zu jenen Gratulationen zu zeigen, so zu einer demgegenüber stütze mit Rosen und Blumen eingezogen zu lassen. Das wurde. — Die Arbeiter der Firma, welche die feier der Schönjahrzeit im Bereich abdecken, werden jetzt eine erinnerung schenken, doch jeweils nur den Freunden und Freiherren zu zeigen, so kleine hinzugefügten Herren, aber nur jähre, denen es herzenkundnis ist, zu jenen Gratulationen zu zeigen, so zu einer demgegenüber stütze mit Rosen und Blumen eingezogen zu lassen. Das wurde. — Die Arbeiter der Firma, welche die feier der Schönjahrzeit im Bereich abdecken, werden jetzt eine erinnerung schenken, doch jeweils nur den Freunden und Freiherren zu zeigen, so kleine hinzugefügten Herren, aber nur jähre, denen es herzenkundnis ist, zu jenen Gratulationen zu zeigen, so zu einer demgegenüber stütze mit Rosen und Blumen eingezogen zu lassen. Das wurde. — Die Arbeiter der Firma, welche die feier der Schönjahrzeit im Bereich abdecken, werden jetzt eine erinnerung schenken, doch jeweils nur den Freunden und Freiherren zu zeigen, so kleine hinzugefügten Herren, aber nur jähre, denen es herzenkundnis ist, zu jenen Gratulationen zu zeigen, so zu einer demgegenüber stütze mit Rosen und Blumen eingezogen zu lassen. Das wurde. — Die Arbeiter der Firma, welche die feier der Schönjahrzeit im Bereich abdecken, werden jetzt eine erinnerung schenken, doch jeweils nur den Freunden und Freiherren zu zeigen, so kleine hinzugefügten Herren, aber nur jähre, denen es herzenkundnis ist, zu jenen Gratulationen zu zeigen, so zu einer demgegenüber stütze mit Rosen und Blumen eingezogen zu lassen. Das wurde. — Die Arbeiter der Firma, welche die feier der Schönjahrzeit im Bereich abdecken, werden jetzt eine erinnerung schenken, doch jeweils nur den Freunden und Freiherren zu zeigen, so kleine hinzugefügten Herren, aber nur jähre, denen es herzenkundnis ist, zu jenen Gratulationen zu zeigen, so zu einer demgegenüber stütze mit Rosen und Blumen eingezogen zu lassen. Das wurde. — Die Arbeiter der Firma, welche die feier der Schönjahrzeit im Bereich abdecken, werden jetzt eine erinnerung schenken, doch jeweils nur den Freunden und Freiherren zu zeigen, so kleine hinzugefügten Herren, aber nur jähre, denen es herzenkundnis ist, zu jenen Gratulationen zu zeigen, so zu einer demgegenüber stütze mit Rosen und Blumen eingezogen zu lassen. Das wurde. — Die Arbeiter der Firma, welche die feier der Schönjahrzeit im Bereich abdecken, werden jetzt eine erinnerung schenken, doch jeweils nur den Freunden und Freiherren zu zeigen, so kleine hinzugefügten Herren, aber nur jähre, denen es herzenkundnis ist, zu jenen Gratulationen zu zeigen, so zu einer demgegenüber stütze mit Rosen und Blumen eingezogen zu lassen. Das wurde. — Die Arbeiter der Firma, welche die feier der Schönjahrzeit im Bereich abdecken, werden jetzt eine erinnerung schenken, doch jeweils nur den Freunden und Freiherren zu zeigen, so kleine hinzugefügten Herren, aber nur jähre, denen es herzenkundnis ist, zu jenen Gratulationen zu zeigen, so zu einer demgegenüber stütze mit Rosen und Blumen eingezogen zu lassen. Das wurde. — Die Arbeiter der Firma, welche die feier der Schönjahrzeit im Bereich abdecken, werden jetzt eine erinnerung schenken, doch jeweils nur den Freunden und Freiherren zu zeigen, so kleine hinzugefügten Herren, aber nur jähre, denen es herzenkundnis ist, zu jenen Gratulationen zu zeigen, so zu einer demgegenüber stütze mit Rosen und Blumen eingezogen zu lassen. Das wurde. — Die Arbeiter der Firma, welche die feier der Schönjahrzeit im Bereich abdecken, werden jetzt eine erinnerung schenken, doch jeweils nur den Freunden und Freiherren zu zeigen, so kleine hinzugefügten Herren, aber nur jähre, denen es herzenkundnis ist, zu jenen Gratulationen zu zeigen, so zu einer demgegenüber stütze mit Rosen und Blumen eingezogen zu lassen. Das wurde. — Die Arbeiter der Firma, welche die feier der Schönjahrzeit im Bereich abdecken, werden jetzt eine erinnerung schenken, doch jeweils nur den Freunden und Freiherren zu zeigen, so kleine hinzugefügten Herren, aber nur jähre, denen es herzenkundnis ist, zu jenen Gratulationen zu zeigen, so zu einer demgegenüber stütze mit Rosen und Blumen eingezogen zu lassen. Das wurde. — Die Arbeiter der Firma, welche die feier der Schönjahrzeit im Bereich abdecken, werden jetzt eine erinnerung schenken, doch jeweils nur den Freunden und Freiherren zu zeigen, so kleine hinzugefügten Herren, aber nur jähre, denen es herzenkundnis ist, zu jenen Gratulationen zu zeigen, so zu einer demgegenüber stütze mit Rosen und Blumen eingezogen zu lassen. Das wurde. — Die Arbeiter der Firma, welche die feier der Schönjahrzeit im Bereich abdecken, werden jetzt eine erinnerung schenken, doch jeweils nur den Freunden und Freiherren zu zeigen, so kleine hinzugefügten Herren, aber nur jähre, denen es herzenkundnis ist, zu jenen Gratulationen zu zeigen, so zu einer demgegenüber stütze mit Rosen und Blumen eingezogen zu lassen. Das wurde. — Die Arbeiter der Firma, welche die feier der Schönjahrzeit im Bereich abdecken, werden jetzt eine erinnerung schenken, doch jeweils nur den Freunden und Freiherren zu zeigen, so kleine hinzugefügten Herren, aber nur jähre, denen es herzenkundnis ist, zu jenen Gratulationen zu zeigen, so zu einer demgegenüber stütze mit Rosen und Blumen eingezogen zu lassen. Das wurde. — Die Arbeiter der Firma, welche die feier der Schönjahrzeit im Bereich abdecken, werden jetzt eine erinnerung schenken, doch jeweils nur den Freunden und Freiherren zu zeigen, so kleine hinzugefügten Herren, aber nur jähre, denen es herzenkundnis ist, zu jenen Gratulationen zu zeigen, so zu einer demgegenüber stütze mit Rosen und Blumen eingezogen zu lassen. Das wurde. — Die Arbeiter der Firma, welche die feier der Schönjahrzeit im Bereich abdecken, werden jetzt eine erinnerung schenken, doch jeweils nur den Freunden und Freiherren zu zeigen, so kleine hinzugefügten Herren, aber nur jähre, denen es herzenkundnis ist, zu jenen Gratulationen zu zeigen, so zu einer demgegenüber stütze mit Rosen und Blumen eingezogen zu lassen. Das wurde. — Die Arbeiter der Firma, welche die feier der Schönjahrzeit im Bereich abdecken, werden jetzt eine erinnerung schenken, doch jeweils nur den Freunden und Freiherren zu zeigen, so kleine hinzugefügten Herren, aber nur jähre, denen es herzenkundnis ist, zu jenen Gratulationen zu zeigen, so zu einer demgegenüber stütze mit Rosen und Blumen eingezogen zu lassen. Das wurde. — Die Arbeiter der Firma, welche die feier der Schönjahrzeit im Bereich abdecken, werden jetzt eine erinnerung schenken, doch jeweils nur den Freunden und Freiherren zu zeigen, so kleine hinzugefügten Herren, aber nur jähre, denen es herzenkundnis ist, zu jenen Gratulationen zu zeigen, so zu einer demgegenüber stütze mit Rosen und Blumen eingezogen zu lassen. Das wurde. — Die Arbeiter der Firma, welche die feier der Schönjahrzeit im Bereich abdecken, werden jetzt eine erinnerung schenken, doch jeweils nur den Freunden und Freiherren zu zeigen, so kleine hinzugefügten Herren, aber nur jähre, denen es herzenkundnis ist, zu jenen Gratulationen zu zeigen, so zu einer demgegenüber stütze mit Rosen und Blumen eingezogen zu lassen. Das wurde. — Die Arbeiter der Firma, welche die feier der Schönjahrzeit im Bereich abdecken, werden jetzt eine erinnerung schenken, doch jeweils nur den Freunden und Freiherren zu zeigen, so kleine hinzugefügten Herren, aber nur jähre, denen es herzenkundnis ist, zu jenen Gratulationen zu zeigen, so zu einer demgegenüber stütze mit Rosen und Blumen eingezogen zu lassen. Das wurde. — Die Arbeiter der Firma, welche die feier der Schönjahrzeit im Bereich abdecken, werden jetzt eine erinnerung schenken, doch jeweils nur den Freunden und Freiherren zu zeigen, so kleine hinzugefügten Herren, aber nur jähre, denen es herzenkundnis ist, zu jenen Gratulationen zu zeigen, so zu einer demgegenüber stütze mit Rosen und Blumen eingezogen zu lassen. Das wurde. — Die Arbeiter der Firma, welche die feier der Schönjahrzeit im Bereich abdecken, werden jetzt eine erinnerung schenken, doch jeweils nur den Freunden und Freiherren zu zeigen, so kleine hinzugefügten Herren, aber nur jähre, denen es herzenkundnis ist, zu jenen Gratulationen zu zeigen, so zu einer demgegenüber stütze mit Rosen und Blumen eingezogen zu lassen. Das wurde. — Die Arbeiter der Firma, welche die feier der Schönjahrzeit im Bereich abdecken, werden jetzt eine erinnerung schenken, doch jeweils nur den Freunden und Freiherren zu zeigen, so kleine hinzugefügten Herren, aber nur jähre, denen es herzenkundnis ist, zu jenen Gratulationen zu zeigen, so zu einer demgegenüber stütze mit Rosen und Blumen eingezogen zu lassen. Das wurde. — Die Arbeiter der Firma, welche die feier der Schönjahrzeit im Bereich abdecken, werden jetzt eine erinnerung schenken, doch jeweils nur den Freunden und Freiherren zu zeigen, so kleine hinzugefügten Herren, aber nur jähre, denen es herzenkundnis ist, zu jenen Gratulationen zu zeigen, so zu einer demgegenüber stütze mit Rosen und Blumen eingezogen zu lassen. Das wurde. — Die Arbeiter der Firma, welche die feier der Schönjahrzeit im Bereich abdecken, werden jetzt eine erinnerung schenken, doch jeweils nur den Freunden und Freiherren zu zeigen, so kleine hinzugefügten Herren, aber nur jähre, denen es herzenkundnis ist, zu jenen Gratulationen zu zeigen, so zu einer demgegenüber stütze mit Rosen und Blumen eingezogen zu lassen. Das wurde. — Die Arbeiter der Firma, welche die feier der Schönjahrzeit im Bereich abdecken, werden jetzt eine erinnerung schenken, doch jeweils nur den Freunden und Freiherren zu zeigen, so kleine hinzugefügten Herren, aber nur jähre, denen es herzenkundnis ist, zu jenen Gratulationen zu zeigen, so zu einer demgegenüber stütze mit Rosen und Blumen eingezogen zu lassen. Das wurde. — Die Arbeiter der Firma, welche die feier der Schönjahrzeit im Bereich abdecken, werden jetzt eine erinnerung schenken, doch jeweils nur den Fre

angestrebte „Untersuchung“ eine Verhandlung ist damit gewinnt. Dann wird das nachdrückliche Verhalten Mannesmanns und auch seine Wohlwollende schon ins richtige Licht gestellt werden. Wenn es den Terroristen von sich weiß, so wollen wir ihm bewerten, daß wir ihm auch so dienen können, doch müssen wir zunächst einmal die „Untersuchung“ abwarten.

Zweitklässler. Am 5. Dezember fand hier eine gut besuchte öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, in der Kollege Schneider aus Mannheim referierte. Die Versammlung war eine Revue über die bestreiten Verträge. Wenn bei der Firma W e r t h (Würtzburg) ein Arbeiter morgens zwei Minuten zu spät kommt, darf er vor 8 Uhr nicht mehr anfangen, kommt er mittags zu spät, nicht vor 4 Uhr. Werner wurde doch von dem Meister Clemens gefeuter Arbeiter mit Ohrenfeuer bedroht. Einem Arbeiter wurde ein Akkord von 80 M. eingefordert; der Arbeiter würde für die Zeit, die er zu dem Akkord brauchte, 150 M. Tagelohn erhalten haben. Trotzdem wird noch verübt, überall abzugleichen, sogar mit 1/2, 1/3, 1/4 und ganzen Pfennigen. Der Meister Groß mit einem Schreiber Fischer versteht es am vorzüglichsten, die Preise zu drücken. Auch muß der Arbeiter, wenn er seinen Akkord fertig hat, noch circa vier Wochen warten, bis er sein Geld ausgezahlt bekommt. Bei der Firma D i n g l e r wird bei Arbeit, die auf Lager kommt, 10 Prozent abgezogen. Nun kommt es aber sehr oft vor, daß die Arbeit, obwohl sie auf Lager kommen soll, sehr ist. Die 10 Prozent gehen aber dem Arbeiter doch verloren. Der Betriebsingenieur Schneider versteht es vorzüglich, die Arbeiter in Schach zu halten; wehe dem, der sich ergibt, wie verkehrt, er kommt dann in das schwarze Buch und kann bei Dingler, solange Schneider dort regiert, keine Arbeit mehr erhalten. Bei der Firma B r ü n i n g e r & C h i n d l e r müssten die Arbeiter nach dem Streik von 1903, wenn sie wieder dort in Arbeit treten wollten, unterschreiben, daß sie nicht dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angehören. Dieses Unterschreiben hat jetzt allerdings aufgehoben, aber der Meister Sahn, der als Sozialistenfunktionär bekannt ist, treibt dort noch sein Wesen. Bei der Firma L i m b a c h (Eisenkonstruktionswerke) erregt es das Wohlgefallen des Meisters Fischer, wenn man die Zugelößigkeit zum Turnverein nachweisen kann. Bei der Firma P e s c h e (Eisenkonstruktion) war früher, als der alte Besitzer noch lebte, besser zu arbeiten; mit dem Sohn wäre auch noch auszukommen, aber mit dem Tochternmann Hahn, der Betriebsführer ist, kann ein Arbeiter, der sein Geschäft richtig gelernt hat, nicht auskommen. Hahn stellt sich auf das Dachfenster und beobachtet von dort die Arbeiter. Auch sind dort Akkordpreise üblich, die der Beschreibung spotten; es kommt dort der am besten aus, der richtig mucksen kann. — Zum Schlus ging Rehner noch mit den „Kirschen“ ins Gericht und geholtet namentlich das Gehörn des Herrn Balzer, der seinerzeit renommiert habe, was für alles für die Zwischenfirker-Arbeiterschaft getan haben wollten, während doch vorher der Deutsche Metallarbeiter-Verband mit den Industriellen im Parkhotel zu Mannheim die zehnstündige Arbeitszeit vom 1. Januar 1908 an festgesetzt hatten, die allerdings erst am 1. April in Kraft getreten ist. Dieses wäre also auch kommen ohne das Eingreifen des Oberstrategen Balzer. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Kollege Wittenmeier forderte die Unterenden auf, sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen, damit in Zweitklässler die Verhältnisse bald verbessert werden können.

## Rundschau.

### Reichstag.

Das Vergnügen, den Reichstag versammelt zu wissen, war erstaunlich, aber kurz; denn schon am 15. Dezember hat sich das hohe Haus wieder auf rund vier Wochen veragt, auf daß seine Mitglieder die Weihnachtsferien angiebig „bei Muttern“ genießen können. Wie die G e t a t e r a t u n g ungewöhnlich ruhig eingefekt hatte, so fehlten auch in ihrem Verlauf die dramatisch zugeplakten Szenen; womit allerdings nicht gesagt sein soll, daß es ihnen an Wichtigkeit und Bedeutung gemangelt hätte. Gerade die Schluttagte der Generaldebatte haben die R e u g r u p p i e r u n g d e r P a r t e i e n schärfster herbornten lassen, als es noch im Beginn möglich zu sein schien. Ein ganz und gar nicht verabredetes, aber aus der Lage der Dinge organisch sich ergebendes Zusammentreffen der gesamten Linien in einer Reihe ausschlaggebender politischer Fragen, vor allen Dingen in der Beurteilung der berühmten Sydwäischen Finanzreform, isolierte den schwärzblauen Block her Konferenzabiven, des Zentrums und der Polen vollständig von den übrigen Parteien des Reichstags. Es war vorauszusehen, daß auch die politischen Vorgänge in den Einzelstaaten im Reichstag zur Sprache gebracht werden würden, vornehmlich die badische G r o s s b l o c k s p o l i t i k , die durch ein Zusammengehen der Nationalliberalen, der Demokraten und der Sozialdemokraten eine entscheidende Niederlage des Zentrums mit seinem bauernbündelrechtlichen Konservativen Anhang ermöglicht hat. In Mainz und überzeugenden Säulen legte Dr. F r a n k die Gründe für den Anschluß der Sozialdemokratie an den Großblod dar. Wir erwähnen nur hervorzuheben, daß seiner Rede im parlamentarischen Bericht des Vorwärts ein sehr markantiges Unheil zugeschrieben ist: Es waren nämlich aus diesem Bericht sorgfältig alle Stellen, die vom Großblod handelten, getilgt worden, so daß sogar die Polemik späterer Redner gegen diese Ausführungen vollständig sinnlos erschienen.

Die Debatte sollte nicht schließen, ohne daß es noch einmal zu einem erbitterten Gefecht über die Haftung der Parteien bei der Frage der Entshädigung arbeitslos gewordenen Fabrikarbeiter gekommen wäre. Der unvermeidliche Erzberger behauptete nämlich, die Sozialdemokratie hätte gegen die Entshädigung gestimmt! Das ist eine aufgelegte Unwahrheit; aber wie es nun einmal im politischen Leben ist, darf man sich nicht mit einer bloßen Zurückweisung begnügen, sondern muß die Unwahrheit aufzudecken und dann in aller Ausführlichkeit widerlegen. Das ganze Erzbergerische Märchen reduziert sich auf die sehr einfache Tatsache, daß die Sozialdemokratie gegen die T a b a c k s e u t e r i m g a n z e n gestimmt hat, damit natürlich auch gegen diese Entshädigung, die selbstverständlich unnötig gewesen wäre, wenn nach dem Willen der sozialdemokratischen Partei der Tabak von einer höheren Belastung verschont geblieben wäre. Nebenbei hat die sozialdemokratische Fraktion übrigens auch noch in einer Abstimmung gegen Verschärfungen des ursprünglich weitergehenden Entshädigungsantrags votiert. Und daraus macht der Wortschöpfer des schwärzlichen Schnapsblocks, die Sozialdemokratie hätte den ungütlicheren Arbeitlosen in der Tabakbranche die paar Röntgen nicht gegönnt! Wie schlecht muß es um eine Sache stehen, die so verlogener Argumente zu ihrer Verteidigung bedarf! Da man nicht annehmen kann, daß Erzberger und seine Kumpane eine solche Behauptung aufstellen, ohne daß sie überzeugt sind, es gäbe noch Arbeitserkreise, auf die so etwas wirkt, so kann man aus dem Vorgang erkennen, wieviel sorgfältige, bedarfsoame und eindringliche Aufklärungsarbeit immer noch, auch in den Kreisen der Industriearbeiterchaft geleistet werden muß.

In Material für eine berartige Propaganda fehlt es uns wahrscheinlich nicht; unsere Gegner sorgen für einen reichlichen Stoff. So hat zum Beispiel der Versuch der rheinisch-nassauischen Gedankenarbeiter ihren Arbeitern ein Etwas Urt in Gestalt eines a n t r a c t i s t i e r e n A r b e i t s n a c h w e i s e s oder richtiger gesagt, eines Maßregelungsbüros auszuerlegen, zu einer ungeahnten Belastung des gewerkschaftlichen und politischen Treibens in den Noblenreihen geführt, ein Treiben bessern Widerhall in einer Autorisation im Reichstag erfuhr. Sozialdemokratie und Zentrum hatten beim

Reichstag erwartet, ob es dem Vorgehen der Noblenmagistraten Renniks habe und was es bezogen zu untersuchen gehabt; die G e t a t e r a t u n g forderte außerdem eine zeitliche Regelung der ganzen Materie. Die Bedeutung dieser Interpretation gehört zu den besten sozialpolitischen Auseinandersetzungen, die der Reichstag in den ganzen letzten Jahren gehabt hat. Vorstellen von D u m b l o v e r g e eingeletzt und von hochmütigen Männern auf beiden Seiten fortgeführt, erreichte die Diskussion ihren Höhepunkt in den beiden Reden von H a u e n s i n n und G a s s e am Mittwoch den 15. Dez.; zu gleicher Zeit gab sie dem neuen Staatssekretär D e l b r u c k seine Gelegenheit, zum erstenmal vor versammeltem Kriegsvolk seine Eröffnung zu einer S p e c i a l f r a g e zu nehmen. Und da ist denn festzustellen, daß D e l b r u c k entschlossen zu sein scheint, in einer zaubernden Politik der Halbheiten die Dinge dünnlich weitergeben zu lassen, wie sie sind. Daß er im übrigen lächerlich und geschäftsamtlicher vor geht, als etwa P o s h a d o w s k y es getan haben würde, wollen wir ihm nicht zum Vorwurf machen; bei unseren sozialpolitischen Erörterungen können wir auf des langjährigen Grasen braune Saucen sehr gut verglichen. Die Regierung stellt sich auf den Standpunkt, daß ihr die bestehenden Gesetze keine Handhabe zum Einschreiten gegen den Versuch der Bergwerken hätten, das System der schwarzen Ulfen bis zur höchsten Vollkommenheit durch einen einsitzigen Arbeitsnachweis auszubilden. Damit glaubt sie genug getan zu haben. Über für Leute, die etwas weitersehen, liegt offenbar hier das ganze Problem. Unser Recht muß eben den veränderten Verhältnissen entsprechend umgedeutet und weitergebildet werden. Es geht nicht an, daß eine Handvoll großer Kapitalisten über Gebild und Verdorb von Hunderttausenden von Menschen ohne Verantwortung Entscheidungen fällen können. Bleibt das heutige Gesetz dagegen keine Sicherung, ließt es die Lohnstaben der Großkapitalisten jeder Sultanslaune eines boshaften Schreiberleins oder eines brutalen Aufsehers aus, dann müssen eben andere Gesetze gemacht werden. Bis zu dieser Erkenntnis hat sich, wie gesagt, die Reichsregierung heute noch nicht durchgerungen. Sie wird das aber schon noch lernen. Woraus wir diese Überzeugung schöpfen? Einfach aus der Tatsache, daß das Recht niemals etwas anderes war und sein kann, als eine Widerspiegelung der im Volle herrschenden Machtpverhältnisse. Nun ist ja ein einfacher Bergmann gegen einen der Zechengewaltigen wirklich sozusagen gar nichts; aber die Organisation der Bergleute, die Zusammenballung der Tauende, die bedeutet etwas, über die kann man nicht einfach hinwegschreiten, die hat sehr viel in die Waagschale zu werfen. Und wenn man heute ihre Macht und ihre Bedeutung noch nicht voll erkennt, so wird dennoch Blinden der große Kampf die Augen schon öffnen, der um diesen Arbeitsnachweis noch durchzukämpfen werden muß. Es handelt sich dabei gar nicht nur um die Bergarbeiter, sondern ebenso sehr um andere, zum Beispiel um die Metallarbeiter, die bekanntlich in Hamburg, in Mannheim-Ludwigshafen, in Augsburg und anderen Orten durch Unternehmernachweise auf das schwerste geschädigt werden. Es hat alles seine Zeit: das primitive Umschauen aus den Tagen des Übergangs vom Handwerk zur Fabrikindustrie, der Arbeitsnachweis privater Stellenvermittler, der Arbeitsnachweis der Unternehmer — sie sind alle nur Stufen der Entwicklung, die, soweit man heute die Sache zu überschauen vermag, wohl in einer öffentlich rechtlichen Einrichtung ihren vorläufigen Abschluß finden dürfte. Die wirtschaftlichen Bergwerken finden die Zustände heute von ihrem Standpunkt aus ebensoviel erträglich, wie die Arbeiter sie erträglich finden. Sie suchen nach einem Ausweg und geraten dabei in die Falle. Über es knüpfen sich an diesen Versuch Erörterungen, Klämpe, Entscheidungen, die uns dem Ziel einer konstitutionellen Form des Arbeitsverhältnisses doch wieder näherbringen werden.

### Der Verband Metallindustrieller in Württemberg und der Arbeitsnachweis.

Die F r a n k f u r t e r Z e i t u n g brachte in ihrer Nr. 337 vom 5. Dezember, viertes Morgenblatt, eine ihr aus Württemberg augegangene Notiz, worin mitgeteilt wird, daß acht württembergische Unternehmervverbände einen Kartellvertrag abgeschlossen hätten, der unter anderem auch beweist: „die gegenwärtige Unterstützung bei Arbeiterausständen, so daß streikende Arbeiter bei keiner dem Kartell angelößten Firma einholen.“ Weiter war noch hinzugefügt: „Der Verband der württembergischen Metallindustrieller bestätigt die Gründung eines eigenen Arbeitsnachweises.“ Diese Notiz ging in die Presse der verschiedensten Richtungen über und rief begeisterte Reaktionen unter der in Frage kommenden organisierten Metallarbeiterchaft Württembergs ziemliche Aufregung hervor. Ist doch noch kaum ein Jahr verflossen, seit die Metallarbeiter-Zeitung in der Lage war, Pläne der gleichen Unternehmervorganisation zu veröffentlichen, die an sich die gleiche Praxis verfolgten, wie die Arbeitsnachweise nach Hamburger System, und deren Verwirklichung vielleicht nur durch ihre vorzeitige Veröffentlichung und die Stellungnahme der organisierten Metallarbeiterfachst verhindert worden ist.

Die Bezirksleitung vom neunten Bezirk des Deutschen Metallarbeiter-Verbands wandte sich nun äußerlich an die Metallindustriellen mit folgendem Schreiben um Auskunft:

Stuttgart, 10. Dezember 1909.  
V. Verband Metallindustrieller in Württemberg, Stuttgart,  
Langstraße Nr. 68, Parterre.

Aus den verschiedensten Verwaltungen unseres Verbandes in Württemberg sind an uns Befehlen ergangen, die uns auffordern, Stellung zu nehmen gegen eine von Ihnen verübtigte Maßnahme.

Die Ursache ist die von Ihnen bis jetzt unvorderprochnete Notiz, die höchst durch die Zeitungen ging, dahingehend: „daß der Verband Metallindustrieller in Württemberg beachtigt, für seine Mitglieder in Stuttgart einen Arbeitsnachweis zu errichten.“

Bevor wir uns gestatten, uns weiter zu dieser Sache zu drehen oder anderweitige Schilder zu unternehmen, möchten wir Sie höflich ersuchen, uns gefällig auf nachstehende Fragen Auskunft zu geben:

1. Ist es aufzufassen, daß der Verband Metallindustrieller in Württemberg einen Arbeitsnachweis zu errichten beabsichtigt?

2. Soll dieser Arbeitsnachweis nach dem Hamburger System eingeführt werden und eventuell nach Grundstehen verwaltet werden, die in jeder Weise eine Mitteilung von Arbeitern ausschließen?

3. Besteht die Absicht, durch den Arbeitsnachweis eine Maßregelungsinstitution zu schaffen, wie sie in ihrer ganzen Schärfe erst vor kurzem dem Nachweis der Industrie in Mannheim nachgewiesen werden konnte?

4. Wird der Arbeitsnachweis nur Arbeiter der Metallindustrie, oder auch Arbeiter anderer Berufszweige, sowie sie dem Kartellverband württembergischer Arbeitgeberverbände angehören, vermitteln?

5. Bis zu welchem Zeitpunkt soll der Arbeitsnachweis in Kraft treten?

Wir ersuchen höchst um umgehende Beantwortung dieser Fragen, so wie gezeigt, in unseren Mitgliedsverbänden eine lebhafte Beurteilung eingetreten ist und es doch auch in Ihrem Interesse gelogen sein dürfte, volle Ausklärung nach dieser Richtung hin zu geben.

Dochachend  
Die Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbands.  
F. A.: Karl Vorholzer.

Auf diesen Brief ging unterm 15. d. Ws. folgende Antwort ein:

Stuttgart, 11. Dezember 1909.

An die Bezirksleitung des 9. Bezirk des Deutschen Metallarbeiter-

Verbands. Da wir bei Gruppe der Errichtung eines Arbeitsnachweises dieser Arbeitgeber nicht überzeugt sind, so daß wir uns eben in der Lage, die in Ihren Schreiben enthalten liegen zu beschwerten.

Verband Metallindustrieller in Württemberg

Vorl. C. Rauschmair, Wiesbaden, 10. Dezember 1909.  
PB. Infolge Errichtung des Deutschen Metallarbeiter-Verbands wurde die Wiedergabe bedauerlicherweise bis heute verboten.

Da hier vom Verbandsseite offiziell erklärt wird, daß aus Verziehung eines Arbeitsnachweises überhaupt noch keine Stellung genommen wurde, so wird abgewartet müssen, was die Zukunft bringt. Aufgeschlossen ist es ja nicht, daß den Metallindustriellen in Württemberg zugestellt die Errichtung eines Maßregelungsbüros zu „brenglich“ geworden ist, getrotzt so, wie sie davon Absicht genommen haben, „gelbe Gewerkschaften“ zu gründen, nachdem der Deutsche Metallarbeiter-Verband im ganzen Lande eine kräftige Agitation gegen diese Streikbrechervereinigungen im eigentlichen Sinne unternommen hatte. Daß aber der Plan nicht bestanden hat, besteht trotz allem. Erstens ist die Frankfurter Zeitung für gewöhnlich sehr gut informiert, und zweitens hat erst vor acht Tagen ein Mitglied des württembergischen Metallindustriellenverbands in einer Unterredung mit dem Schreiber dieses ungewöhnlich zugestanden, daß die Absicht besteht und man damit rechne, durch den Arbeitsnachweis der Organisation der Arbeiter entgegenwirken zu können. Die Wiedergabe mögen also geworden sein. Die Vorgänge in Mannheim-Ludwigshafen-Frankenthal, die Pläne der Bechenbarone und das politische Vergehen der Regierungsvorsteher weisen mit aller Deutlichkeit darauf hin, daß sie die Arbeiter mehr als für jeden anderen das Wort gilt: „N i c h t s d u m m e r t r i e g e, d a n n h a s t d u d e n F r i e n d e n“ und daß es deshalb für sie nichts anderes geben kann, wie Austritt an die Organisation, den Deutschen Metallarbeiter-Verband, dann werden die Bäume der Unternehmer nicht in den Himmel wachsen. N. V.

### Zum Schnapsboßels.

Der Artikel des Genossen Franz Mehring in der Neuen Zeit, gegen den auch wir uns in Nummer 49 der Metallarbeiter-Zeitung erklärt, hat etliche Parteiblätter zu entschiedener Stellungnahme für den B o h l o t t e s c h l u s s des Leipziger Parteitags veranlaßt. Nur ein einziges Parteiblatt hat, soweit wir gelesen haben, dem Genossen Mehring zugestimmt. Mehrings Erugleitung hat also ein Ergebnis gehabt, mit dem man im allgemeinen zufrieden sein kann. Damit mag sie für uns erledigt sein. Es mögen aber noch einige zur Sache gehörige Bemerkungen hier Platz finden. Die Darmstädter Zeitung drückt anlässlich der Kundgebung des Parteivorstandes und des Mehringschen Artikels drei Artikel, deren erster in Nr. 282 des Blattes vom 3. Dezember folgende Stelle enthielt:

„Wenn die Kundgebung weiter sagt, daß der Beischluß sich in erster Linie gegen den in Ostelsien produzierten Fusel und in zweiter Linie gegen alle der Branntweinsteuerung unterliegenden Getränke richtet, so ist das, dem politischen Zweck des B o h l o t t e s c h l u s s entsprechend, an sich natürlich richtig. Trotzdem würden wir es für durchaus vertieft halten, etwa a u s l a n d i s c h e n Schnaps, Rognat z. b. bohlotfrei zu lassen. Das wäre in der Konsequenz nichts anderes als die Schaffung von zweiterlei Recht für die Parteigenossen — je nach der Größe ihres Geldeutels. Die Vermüten der Armen, bei denen es nur zu einem gelegentlichen halben Liter Fusel langt, wären Bohlotbrecher, die Befergestellten dagegen, die sich von Zeit zu Zeit ein Glas W l d t leisten können, gingen fauldest aus.“

Gegen diese Aussführungen haben wir nichts einzutwenden; im Gegenteil möchten wir sie noch unterstützen und noch besonders herhaben, daß der, der da glaubt, durch den Genuss von so genannten Bittern den B o h l o t t e s c h l u s s umgehen zu können, sich gründlich täuscht. R e i n e Bitter sind sehr teuer und bei den Bittergebern ist man nicht sicher, ob sie nicht mit ganz ordinem s e r t o f f e l d e r n t e i l e n a n g e s e l l e n sind. Der Genuss solcher „Bitter“ wäre also eine sehr große Übertriebung des B o h l o t t e s c h l u s s . Ferner ist bei diesen Erörterungen von eilichen Blättern in Übereinstimmung mit der Kundgebung des Parteivorstandes festgestellt worden, daß A u s s i c h t l i c h e aus dem B o h l o t t e s c h l u s s nicht vorgenommen werden dürften. Dies ist im allgemeinen ohne Zweifel richtig. Wer früher Schnaps getrunken hat, soll nicht gleich aus der Partei steigen, wenn er den Schnapsgenuss nicht gleich ganz einküßt. Es wird auch unmöglich sein, ihm nachzurechnen, ob er den Schnapsgenuss in dem Maße einschränkt, wie es zu möglichst fröhlicher Durchführung des Bohlotts wünschenswert wäre. Nichtsdestoweniger sollten die mäßigsten Parteianstalten sich doch überlegen, ob gegen solche Parteimitglieder, die möglicherweise auf diese Überlegungen hören — b e m o n i s t a t i v den B o h l o t t e s c h l u s s übertreten, nicht doch in irgend einer Weise — wenn auch nicht gleich durch Ausschluß — v o r z u g e n w ä r e . Man wird allerdings das Verhalten solcher Parteimitglieder vor und nach dem Leipziger Parteitag untersuchen müssen. Solden Parteimitgliedern muß doch gezeigt werden können, daß der Leipziger Parteitag keinen B o h l o t t e s c h l u s s nicht zum Spaz geführt hat.

### Die Techniker und die Gelben.

Der Gesamtvorstand des Deutschen Techniker-Verbands hat es sich fürgleich in Halle eine Sitzung ab. Neben einer Reihe sozialpolitischer Fragen befürzte man sich auch mit der gelben Bewegung. Die D e u t s c h e T e c h n i k e r - Z e i t u n g, das Organ des Verbandes, schreibt darüber: „Das Prinzip der gelben Werkvereine wird, nachdem es gegenüber der Arbeiterbewegung anscheinend gute Dienste geleistet, auch auf die Angestelltenpolitik gewisser Arbeitgeberstellen übertragen. Demgegenüber verurteilt die Gesamtvorstandssitzung die Vertreter der Werke und Unternehmer, ihre Angestellten in Werkvereinen zusammenzuschließen mit der Absicht, die Angestellten ihren freigewählten Organisationen zu entziehen. Die Angestelltenverbände erachten in der offenen Verständigung mit den Unternehmungen den besten Weg zu sozialem Frieden, den die gelben Werkvereine wegen der möglichen Vereinigung durch die Arbeitgeber nicht beitreten können. Die gleichzeitige Mitgliedschaft in einer unabkömmligen Angestelltenorganisation und einem gelben Verein ist derzeitlich die elementarste Forderung sozialpolitischer Angestellte, die belben Organisationen angehören sollten, haben sich für eine von ihnen zu entscheiden.“ Die Unternehmer sehen also, daß auch in diesem Verband organisierte Techniker nicht gewillt sind, sich ohne Widerstand dem Marktziel ihrer Unternehmer zu beugen.

Auch eine d e s e n t l i c h e E r g e b n i s s m i t t u n g, die nach einer Mitteilung der Magdeburger T o l l s t a t t i n e am 14. Dezember dieser Verband am 10. Dezember in Magdeburg entschieden hatte, verurteilte die Gründung von gelben Angestellten- und Arbeitgebervereinen aufs schärfste. Die Absicht des dortigen R i n d p - G r u p p e r w e r k s, die Angestellten des Werkes als

